

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

<http://www.bundesregierung.de/>



UCK
an langer
Leine



**Pro und
contra
Vermögens-
steuer –
nicht nur ein
Wahlkampf-
thema
S.3**

**Die Rolle
der UCK im
Kalkül der
NATO
S.6**

**Freibier,
Arbeits-
zwang und
ein Minister
S.11**

**Lohnkosten-
subventionierung
im Niedriglohn-
sektor?
S. 15**

**Was ist
Geld?
S.20**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 1888 20, Fax: 040 / 43 1888 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

LEISLER-KIEP & TÜRKEI: Bundeskanzler Schröder hat einen neuen Türkeiberater. Am vorletzten Wochenende verlautete, Schröder habe den langjährigen CDU-Schatzmeister Walter Leisler-Kiep zum „persönlichen Beauftragten zur Sondermissionen“ im Ausland ernannt. Leisler Kiep, der vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem Skandal um illegale Parteispenden an die CDU (Flick u.a.) seinen Hut nehmen mußte, soll gute Beziehungen sowohl zur NATO wie zum amtierenden türkischen Ministerpräsidenten Ecevit haben. Deshalb soll er sich zunächst vor allem um bessere Beziehungen der BRD zur Türkei bemühen. Den Job hatte der Mann schon einmal. 1979 hatte der damalige SPD-Kanzler Helmut Schmidt Leisler-Kiep zum Koordinator der westlichen Finanzhilfen für die Türkei ernannt. Ein Jahr später putschte in der Türkei das Militär. Die westlichen Gläubiger der Türkei, die vorher für ihre Kredite an die Türkei keine Zinsen mehr erhalten hatten, wurden wieder ordnungsgemäß aus der türkischen Staatskasse „bedient“.

NS-OPFER & LAMBSDORFF: Am 22. Juli gab die Bundesregierung bekannt, daß der frühere FDP-Vorsitzende und langjährige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff als Nachfolger von Kanzleramtsminister Hombach zum Beauftragten der Bundesregierung für die Entschädigung früherer NS-Zwangsarbeiter und anderer NS-Opfer ernannt worden ist. Die Grünen begrüßten die Berufung Lambsdorffs: Dieser genieße das Vertrauen der Wirtschaft, das könne zügige Verhandlungen erleichtern, erklärte der grüne Rechtspolitiker Volker Beck. Im Bundestag galt der 1998 aus dem Bundestag ausgeschiedene Lambsdorff als Spitzenreiter in Sachen „Nebenjobs“, vor allem in der Versicherungsbranche hatte Lambsdorff zahlreiche Aufsichtsratsmandate. Einen Tag vor der Bekanntgabe hatte der Washingtoner Anwalt Michael Hausfeld in der FAZ die Blockadepolitik deutscher Unternehmen und der Bundesregierung bei den Verhandlungen um die Entschädigung der NS-Opfer kritisiert. Die Bundesregierung habe immer gewußt, daß schon wegen der großen Zahl der Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft eine Stiftung der Industrie allein nicht genüge, trotzdem läge hierzu bis heute nichts vor. Die Industrie selbst, in Washington vertreten durch den DaimlerChrysler-Finanzchef Gentz, führe die Verhandlungen „zum sicheren Scheitern“. So sei es inakzeptabel, daß von den 2 Millionen noch lebenden NS-Opfern nur diejenigen entschädigt werden sollen, die mindestens 6 Monate Zwangsarbeit erlitten hätten. Hausfeld, der nach eigenen Angaben für alle Anwälte der Kläger und der beteiligten Regierungen spricht (Tschechische Republik, Polen, Rußland, Weißrußland, Ukraine), hält eine Einigung bis zum 1.

September, dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, für fast abgeschlossen. – Am Tag der Ernennung Lambsdorffs in Bonn wurde bekannt, daß die Verhandlungen zwischen fünf großen Versicherungskonzernen (Allianz, AXA, Winterthur, Zürich und Generali) mit NS-Opfern bzw. deren Angehörigen wg. nicht ausgezahlter Policen aus der NS-Zeit auf den 29. Oktober verlegt wurden.

CONTRA KOSOVO-ALBANER: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn.“ Bundesinnenminister Schily hat Ende Juli angekündigt, daß nach dem Ende des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien nun alle in der BRD lebenden Flüchtlinge aus dem Kosovo zurückkehren sollen – notfalls auch mit gewaltsamer Abschiebung. 180 000 Kosovo-Albaner sollen derzeit als Flüchtlinge in der BRD leben, schätzt Schily. Da der Bundesinnenminister in dem gleichen Interview auch den Asylanspruch von serbischen Deserteuren bestritt, ist davon auszugehen, daß Schily sämtliche Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien nun bis Jahresende wieder abschieben will.

VERMÖGEN & ERBSCHAFT: In der SPD gibt es weiter Streit um die Vermögens- und Erbschaftssteuer. Bundeskanzler Schröder hat für die Bundesebene jede Anhebung von Steuersätzen bei der direkten Besteuerung ausgeschlossen. Trotzdem wollen einige SPD-Länderregierungen eine Anhebung der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Beide Steuern sind Ländersache, können also notfalls von den Bundesländern allein beschlossen werden. In der SPD tritt insbesondere der saarländische Ministerpräsident Klimmt, der am 5.9. Landtagswahlen gewinnen will, für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein. Er wird unterstützt u.a. von der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Simonis, von SPD-Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner und der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ulla Schmidt. Andere wie Glogowski (Ministerpräsident von Nds.) und Fugmann-Heesing (SPD-Finanzsenatorin von Berlin) haben bereits vehement widersprochen. FDP und Union sind ohnehin dagegen. Viel hängt davon ab, wie die nächsten Landtagswahlen im September und Oktober ausgehen werden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 23. August nimmt Schröder in Berlin seine Amtsgeschäfte wieder auf. Am 25. August soll das Bundeskabinett erstmals nach „Sommerpause“ und Berlin-Umzug wieder vollständig tagen. Am 5. September sind Landtagswahlen im Saarland und in Brandenburg. Am Montag, den 6. September beginnen Bundestag und Bundesrat ihre ersten Sitzungen nach der Sommerpause, der Bundestag beginnt mit den Beratungen über den Bundeshaushalt 2000.

Pro und contra Vermögenssteuer – nicht nur ein Wahlkampfthema

„Die neue Bundesregierung wird eine Sachverständigenkommission einberufen, die die Grundlage für eine wirtschafts- und steuerpolitisch sinnvolle Vermögensbesteuerung schaffen soll.“ So hatten SPD und Grüne im Oktober 1998 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Die jetzt angelaufene Debatte um das Für und Wider einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer läßt befürchten, daß die rot-grünen Regierungsparteien auch von diesem Wahlversprechen nichts mehr wissen wollen.

Der BDI jedenfalls verkündet schon, er vertraue auf das „Wort von Bundeskanzler Schröder“ – welches, wo, wann? Auch Sprecher der Grünen wollen von einer Vermögenssteuer nichts mehr wissen. Ihr Haushaltspolitiker Metzger verkündet, eine Wiedereinführung der erst 1996 von Kohl und Waigel abgeschafften Vermögenssteuer sei „inhaltlich nicht zu rechtfertigen“. Die grüne „Finanzexpertin“ Christine Scheel hält die ganze Debatte für ein Sommerloch-Thema in Wahlkampfzeiten. In bester CSU- und FDP-Manier verkündet sie, eine Vermögensbesteuerung würde nur dazu führen, daß Kapital ins Ausland verlagert werde. Sie schlägt statt dessen vor, die vermögenden Kreise in dieser Gesellschaft durch ein „Stiftungsgesetz“ noch weiter von Steuern zu entlasten und so „Kapital im Land zu binden“.

Die Legende, reiche Sippschaften wie die Familien Siemens, Quandt, Henkel, Haniel, Springer, Mohn, Piëch und wie sie alle heißen, würden bei einer Vermögensbesteuerung auf irgendeine Steueroase in den Antillen auswandern und auf den Schutz von BKA und Bundeswehr ver-

zichten, ist eine seit Jahrzehnten von der politischen Rechten gebrauchte Latrienparole, die zwar noch nie eingetreten ist, aber trotzdem nun offenbar auch von grünen „Experten“ zum Schutz der Reichen verbreitet wird.

Daten, Fakten zur privaten Vermögenslage ...

Entgegen allen von den Reaktionären ausgestreuten Legenden: 1996 hatte das Bundesverfassungsgericht keineswegs entschieden, daß die Vermögenssteuer „verfassungswidrig“ sei. Das Gericht urteilte vielmehr, daß die damals erhobene Steuer eine gravierende Ungleichbehandlung verschiedener Vermögensarten darstelle. Vor allem Vermögen in Haus- und Grundbesitz werde wegen der Berechnung des zu steuernden Werts solcher Vermögens nach jahrzehntealten und spottbilligen „Einheitswerten“ gegenüber anderen Vermögensarten extrem begünstigt. Sollte diese Begünstigung von Haus- und Grundbesitz nicht geändert werden, müsse die Steuer zum Jahresende 1996 auslaufen. Außerdem entschied das Gericht, eine Besteuerung von mehr als 50% der laufenden Einkommen oder Vermögen sei verfassungswidrig. Die Reichen und ihre politischen Sprecher in diesem Land nutzten die Gelegenheit, änderten die Bewertungsvorschriften für Haus- und Grundbesitz nicht – und damit lief die Vermögenssteuer wie von ihnen gewünscht zum Jahresende 1996 aus.

In diesem Jahr 1996, dem letzten Jahr ihrer Erhebung, hatten die Länder noch 9 Milliarden DM an Vermögenssteuer eingenommen – vorneweg dabei die Bundesländer, in denen auch der private

Reichtum in diesem Land konzentriert ist, also NRW, Baden-Württemberg, Bayern und dann Hessen. Alle Regierungen dieser Länder lehnen heute durch ihre CSU-, CDU- oder SPD-Regierungschefs, dabei eifrig durch FDP und Grüne unterstützt, jede Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab. Reichtum ist in diesem Land eben gut geschützt.

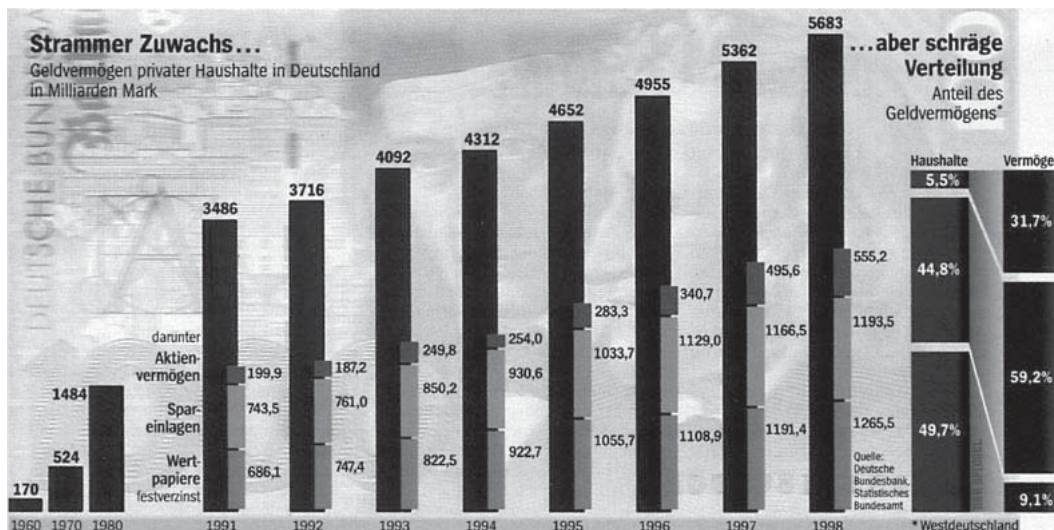
Welcher Reichtum, welche Reichen? Die letzte nach Vermögensklassen und nach Haushalts- bzw. betrieblichen Vermögen aufgeschlüsselte Vermögenssteuer-Statistik stammt aus 1995. Damals waren insgesamt 910 678 natürliche Personen (also knapp über Prozent der Bevölkerung) und 45 231 Firmen zur Vermögenssteuer herangezogen worden. Die 910 678 natürlichen Personen hatten zu versteuernde Vermögen von zusammen 915 Milliarden DM angegeben (also pro Person mehr als 1 Mio. DM) und dafür 4,951 Milliarden DM, also knapp 0,5% Vermögensteuer gezahlt. 562 000 dieser 910 678 reichen Familien waren laut Steuerstatistik Haushalte von Pensionären und Selbständigen, weitere 112 000 „freie Berufe“ und „sonstige Nichterwerbstätige“.

Die 45 231 zu Vermögenssteuer herangezogenen Firmen hatten 1995 zusammen zu versteuernde Betriebsvermögen von 404 Milliarden DM angegeben, also durchschnittlich pro Firma ca. 9 Millionen DM, und dafür 2,424 Milliarden DM bzw. 0,6% Vermögensteuer zahlen müssen. Mehr als die Hälfte dieses Betrags, genau 1,31 Milliarden DM, hatten dabei die 664 reichsten Firmen zahlen müssen, die – nach Abzug aller Freibeträge, betrieblichen Schulden usw. – zu versteu-

ernde betriebliche Vermögen von jeweils mehr als 100 Millionen DM angegeben hatten. Faktisch hatten also die großen Konzerne 1995 mehr als die Hälfte der betrieblichen Vermögenssteuer aufbringen müssen. (alle Angaben aus: Statistisches Jahrbuch 1998)

... und eine davon scheinbar völlig losgelöste Debatte

All diese einfachen Tatsachen scheinen in der jetzt laufenden Debatte kaum eine Rolle zu spielen, werden jedenfalls in den meisten Presseberichten einfach verschwiegen. Selbst der Hinweis des DGB, sogar der



Grafik aus: Spiegel 31/99

SPD-Rechtsaußen Scharping habe vor einiger Zeit eine Vermögensabgabe der Reichen zur Senkung der staatlichen Schulden in die Diskussion gebracht, scheint den wenigen Befürwortern einer Vermögensbesteuerung in der SPD nicht viel zu helfen. Der saarländische Ministerpräsident Klimmt, der am 5. September in seinem Bundesland Landtagswahlen zu bestehen hat, und die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Simonis, die sich beide für eine Vermögensbesteuerung ausgesprochen haben, stehen mit ihrer Forderung in der SPD weitgehend allein. „Eine Belegung dieser 1996 abgeschafften Steuerart stehe nicht zur Debatte“, zitieren die Nachrichtenagenturen nicht genannte Sprecher der Bundesregierung. Und aus dem Finanzministerium Eichels verlautet kühl, die Vermögenssteuer sei Ländersache.

Tatsächlich müßten Bundesländer, die eine solche Steuer wieder einführen wollen, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringen und dort eine Mehrheit finden. Erst dann kommt ein solches Gesetz überhaupt in den Bundestag, wo es ebenfalls noch einmal eine rot-grüne Mehrheit zum Inkrafttreten braucht. Da die CDU/CSU-regierten bzw. mit-regierten Länder (Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Hessen, Thüringen, Berlin, Bremen) und das SPD-FDP-regierte Rheinland-Pfalz einen solchen Antrag auf jeden Fall blockieren werden, andere Länder wie Niedersachsen eine Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung ebenfalls schon abgelehnt haben und NRW-Regierungschef Clement ebenfalls eine Wiedereinführung strikt ablehnt, ist ein Scheitern solcher Vorstöße bei den derzeitigen Mehrheiten im Bundesrat sicher. Daran würde sich nur etwas ändern, wenn bei den kommenden Wahlen im September und Oktober die PDS erneut deutlich zulegen würde – was möglich ist – und gleichzeitig die CDU in Berlin und Thüringen schwer einbrechen würde – was kaum jemand erwartet.

Bis dahin tritt auf parlamentarischer Ebene nur die PDS noch für eine progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen ein und damit für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.

So wird die Diskussion um die Vermögenssteuer wohl ein „Sommerloch“-Thema bleiben. Es sei denn, es gelingt den Befürwortern einer Vermögensteuer, die Berichterstattung und Kritik an der wirklichen Vermögensverteilung in diesem Land zu verstärken und deutlich zu machen, wie wenige Familien und Konzerne welchen unerhörten Reichtum an jeder Besteuerung vorbei den lieben langen Tag verprassen. Daß ausgerechnet der saarländische Ministerpräsident Klimmt den Richtungsstreit in der SPD gegen Kanzler Schröder und die vielen Unternehmerfreunde und Beschützer der Reichen in dieser Partei gewinnt, glaubt wohl auch Klimmt selbst nicht. *rül*



Seit vielen Jahren führt die HBV einen hartnäckigen Abwehrkampf gegen die Deregulierung der Ladenschließzeiten

Ladenschließzeiten

Aggressiver Vorstoß zur weiteren Deregulierung

Vor dem Hintergrund eines scharfen Konkurrenzkampfes der großen Einzelhandelskonzerne findet ein äußerst aggressiver Angriff auf das Ladenschließgesetz statt. Am Sonntag, den 1.8. öffnete eine Reihe von Einzelhandelsgeschäften in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, darunter ein großer Elektromarkt sowie der Kaufhof am Alexanderplatz.

„Zur rechten Zeit geöffnet“, lautet die Überschrift einwa in mehreren Zeitungen erschienenen Artikels über die Öffnung von Kaufhäusern und Geschäften am Sonntag, der sich mit dem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß im Einzelhandel befaßt. Mit Dumpingpreisen versuchen die Großkonzerne wie REWE, Metro, Lidl, Edeka oder der jüngst auf den deutschen Markt vorgestoßene weltgrößte Handelskonzern Wal-Mart (USA), sich größere Marktanteile unter den Nagel zu reißen. Dabei drücken die Großkonzerne enorm auf die Herstellerpreise. Als REWE z.B. kürzlich die Butterpreise auf 1,39 DM senkte, erhielten Bauern eine Mitteilung „ihrer“ Molkerie, daß man sich leider gezwungen sehe, den Milchpreis um 6 Pf. pro Liter zu senken – keine Kleinigkeit, der Verlust geht für viele Betroffene jährlich in die Tausende, ja Zehntausende. Selbst gegenüber größeren Lieferanten diktieren die Konzerne die Preise. Es wird berichtet, daß heute kein Produkt mehr in die Regale der Handelsketten kommt, für deren Einführung die Herstellerfirmen nicht Millionenbeträge zahlten.

Längst beherrschen die zehn größten Unternehmen mehr als 80% des Lebensmitteleinzelhandels. Immer mehr kleine und mittlere Einzelhändler gehen in die

sem harten Konkurrenzkampf unter oder werden durch die Marktriesen geschluckt. Wird der Ladenschluß ganz eingerissen, wird dies den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Einzelhandelskapitals weiter beschleunigen. Tatsächlich verdeckt die Berufung auf die angeblichen Kundenwünsche nur, daß die Deregulierung des Ladenschlusses zahlreiche Interessen verletzt.

Ziel: Durch Gesetzesbruch zur Aufhebung des Gesetzes

Der Kaufhof am Alexanderplatz z.B. hatte am 2.8. seine Tore geöffnet, obwohl ihm das Berliner Landesamt für Arbeitsschutz schon im Vorfeld eine Untersagungsverfügung mit Zwangsgeldandrohung über 50 000 DM zugestellt hatte. Schamlos hat der Konzern das Ladenschließgesetz gebeugt und mit einem „Berlin-Souvenir“-Aufdruck auf verkaufte Artikel den Gesetzesbruch noch höhnisch kommentiert.

Es scheint, daß der „Erfolg“ ihm recht gibt – abgesehen mal davon, daß ihn 50 000 oder auch 100 000 DM Zwangsgeld, die er durch die Sonntagsöffnung schon nach kurzer Zeit rausgeholt haben dürfte, ohnehin nicht schmerzen. Prompt nämlich ertönte der Ruf nach „Liberalisierung“ oder gar völliger Aufhebung des Ladenschließgesetzes laut wie nie. Die Vertreter der Großkonzerne, die die Forderung nach weiterer Deregulierung der Öffnungszeiten gleich am Montag lautstark erhoben, erhielten Schützenhilfe von Politikern aller Couleur, von der FDP sowieso, von den CDU-Wirtschaftsministern in Thüringen und Baden-Württemberg ebenso wie von ihren SPD-Kollegen aus NRW und Niedersachsen. Die SPD-

geführte NRW-Landesregierung kündigte an, daß der Bundesrat im Herbst eine grundlegende Änderung der gesetzlichen Regelung verabschieden werde.

Front für den Ladenschluß möglich?

Widerstand gegen den Bruch des Ladenschlußgesetzes und die massiven Forderungen nach Freigabe der Ladenöffnungszeiten kommt vor allem von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften HBV und DAG.

Bereits im Juli, als immer mehr Einzelhändler vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt unter Mißbrauch der exzessiven Ausnahmeregelungen ihre Geschäfte öffneten, hatte die HBV das Bundesjustizministerium aufgefordert, die Rechtsverstöße der Bundesländer zu stoppen. Mit einer Presseerklärung vom 2.8. kritisierte die HBV-Vorsitzende Mönig-Raane scharf die „widerrechtlichen Ladenöffnungen“. Es sei empörend, daß die zuständigen Landesbehörden hier nicht rechtzeitig eingeschritten seien. Die Interessen der 2,8 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel – zu über 70 Prozent Frauen – werden mit einem Achselzucken beiseite gefegt. „Ganz nach dem Motto: ist ja bloß 'ne Frauenbranche.“ Zugleich wies die HBV darauf hin, daß die Erfahrungen der letzten drei Jahre ein Beleg dafür seien, daß die „hochfliegenden Prognosen der Wirtschaftsverbände zur unsanften Landung angesetzt“ haben: Statt 50.000 neuen Arbeitsplätzen und 20 Milliarden Mark mehr Umsatz habe der Einzelhandel seit 1996 100.000 Arbeitsplätze abgebaut; der Umsatz stagniere. „Und doch wachsen die Verkaufsflächen weiter – bei sinkendem Personal. Die Gewinner der neuen Ladenschlußzeiten sind die personalarmen Verbrauchermärkte auf der grünen Wiese.“ Die HBV kündigte an, daß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für den Ladenschluß kämpfen werde. (Presseerklärung vom 2.8.) In Baden-Württemberg kündigte ein HBV-Vertreter inzwischen eine Klage gegen die Stadt Mannheim an, die den Geschäften am 4. September, einem Samstag, bis 20.00 Uhr genehmigt hat.

Unterstützung erhalten die Gewerkschaften von den Kirchen. Die EKD legte ihre Ablehnung in einer Presseerklärung vom 3.8. dar: „Die juristischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des letzten Wochenendes zeigen, daß der Streit um das Ladenschlußgesetz eskaliert. Er muß auch von der evangelischen Kirche in schärferer Form geführt werden als bislang. Die Befürworter der Sonntagsöffnung machen ökonomische Gründe geltend. Abgesehen davon, daß diese selbst von Teilen der Wirtschaft bestritten werden, sind die Argumente der Kirchen in diesem Streit schwerwiegender... Der Sonntag ist ein wertvolles Kulturgut der jüdisch-christlichen Tradition. Der regelmäßige Rhythmus von Arbeit und Ruhe tut dem Menschen und der

Gesellschaft gut, die Unterbrechung der Arbeit durch den Sonntag ist heilsam ... In unserem Staat ist der Sonntag durch das Grundgesetz als allgemeiner ‚Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung‘ geschützt. Die Verfassung ist da ganz eindeutig. Und wenn unsere guten Gründe für den Schutz des Sonntags kaltlächelnd abgetan werden, ist es nur folgerichtig, wenn die betroffenen Landeskirchen sich gegen Regelungen, welche die Substanz der Sonntagsruhe gefährden, mit rechtlichen Mitteln wehren. Dafür haben sie die ausdrückliche Unterstützung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.“

Wenn laut Umfragen 25% der Einzelhändler die Sonntagsöffnung befürworten, heißt das umgekehrt, daß drei Viertel sie ablehnen oder zumindest eben nicht befürworten. Entsprechend zwiespältig fiel die Reaktion des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) aus. Hauptgeschäftsführer Wenzel sagte der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*: „Ich persönlich bin der Meinung, daß werktags jeder so lange öffnen soll, wie er will“, er glaube aber, daß davon nur wenige Gebrauch machten. Für Samstag befürwortete er eine Öffnungszeit bis 18.00 Uhr, aber: „Den freien Sonntag verteidigen wir ... mit Zähnen und Klauen.“ scc

Stoiber und die LWS

Investors Freud, Investors leid

Die Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern (LWS) stieg 1991 ins „Bauträrgeschäft“ ein und erzielte dabei – bisher – einen Verlust von 367 Millionen DM. Der Verlust wurde dadurch erzielt, daß die LWS ins Bauträrgeschäft einstieg. Wie es heißt, lockte die LWS Investoren durch Mieteinnahmegarantien z. B. in Höhe von 30 DM pro qm an, die in Neubauprojekten im Osten erzielt werden sollten. Nachdem sich derartige Mieten dort nur ganz ausnahmsweise erzielen lassen, steht die LWS in der Pflicht. Gewöhnlich regelt der Markt eine solche Spekulation durch Konkurrenz. Der Bauträger bricht zusammen, und die Investoren können ihre Renditeerwartungen herunterschrauben oder ganz abschreiben.

Aber die LWS gehört besonderen Gesellschaftern, nämlich der zu 100% im Staatsbesitz befindlichen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung und der zu 50% im Staatsbesitz befindlichen Bayerischen Landesbank, schließlich hat auch noch die Schmidt-Bank aus Hof einen, wie die Presse schreibt, minimalen Anteil.

Eine Pleite als Lösungsweg scheidet praktisch aus. Die Öffentlichkeit wird mit dem Staatsvermögen für die Verluste geradestehen. Das wußten die Investoren. Mußten sie sich da noch groß Ge-

danken machen?

Es wäre interessant zu wissen, wer die Investoren sind, aber davor steht der Datenschutz, durchgesickert ist lediglich, daß die Gauweiler-Kanzlei vermittelnd tätig wurde. Ein Teil des Geldes ist also – rechtmäßig! – bei Gauweiler.

Die LWS wird von der bayerischen Staatsregierung beaufsichtigt. Zuständig ist das Innenministerium. Als die entscheidenden Schritte ins Bauträrgeschäft gemacht wurden, war Stoiber Innenminister. Obwohl man bei einer Beamtenbesprechung von Innen- und Finanzministerium übereingekommen war, es sei am besten, wenn die LWS solche Geschäfte meide bzw., soweit bereits darin verwickelt, sich zurückziehe, stieß Stoiber diesen Beschluß um. (SZ vom 30.7.99).

Heute mit der Frage konfrontiert, argumentiert der Ministerpräsident doppe lzüngig. Erstens sei es weltfremd zu glauben, ein Minister sei mit solchen Fragen im Detail beschäftigt, zweitens sei es aber dringend geboten gewesen, auf dem Immobiliensektor im Osten einzusteigen.

Vielleicht hat der Vorgang im Zuge der Ostexpansionen Modellcharakter. Unter dem Schutz des Staates werden Geldmittel aufgebracht, die örtliche und regionale Konkurrenten aus dem Markt treiben. Stellt sich dann heraus, daß sich das Geschäft nicht rechnet, weil die Übernahmekosten zu teuer waren – macht nix, diese Kosten trägt die Öffentlichkeit. maf

Berliner Kurdenprozesse

Wieviel Sicherheit für Folteropfer?

Seit einem Monat wird vor dem Landgericht Berlin gegen Kurdinnen und Kurden verhandelt, die sich an den Berliner Protestaktionen gegen die Entführung Abdullah Öcalans im Februar beteiligt hatten – und ein Ende ist nicht abzusehen: Insgesamt sollen nach dem Willen des Innensenats und der Staatsanwaltschaft mindestens 140 Kurdinnen und Kurden für die Aktionen im griechischen und am israelischen Konsulat büßen.

Ein weiteres Kapitel in der Reihe der Merkwürdigkeiten während der aktuellen Prozeßserie ist am 15. Juli aufgeschlagen worden. Der erste Prozeß im Hochsicherheitsbereich des Landgerichtes in Moabit (mit rigorosen Durchsuchungs- und Konfiszierungsmaßnahmen) wurde gegen E.C. eröffnet, dem schwerer Landfriedensbruch, Widerstand und versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen werden, und zwar am 16.2. am griechischen Konsulat und am 17.2. am Rathenauplatz.

U.a. schließt die Sicherheitsverfügung des Vorsitzenden Richters vom 21. Juni Jugendliche unter 16 Jahren vom Pro-

zeßbesuch aus, weil es wohl auch jugendliche „Straftäter“ geben soll. (Dürfen Erwachsene demnächst alle anderen Prozesse nicht mehr besuchen?) Der Antrag der Verteidigung auf Aufhebung der Sicherheitsverfügungen wurde abgelehnt, da die Maßnahmen „gemessen am Tatvorwurf nicht unangemessen“ seien.

Angemessen war es aber anscheinend, den Angeklagten, dem das Behandlungszentrum für Folteropfer nach früheren Untersuchungen den Status eines traumatisierten Folteropfers bescheinigte, fünf Monate in U-Haft zu lassen. Eine während des Prozesses anwesende Sachverständige hat auch nur dessen Verhandlungs„fähigkeit“ aufgrund eines 10minütigen Gesprächs während einer Verhandlungspause zu bestätigen. So war die Erlaubnis des Richters, daß E.C. sich aus dem Glaskasten heraus neben seine Verteidiger setzen dürfe, das einzige Zugeständnis an diesem Tag. Trotzdem fiel es E.C. dadurch augenscheinlich nicht leichter, der Verhandlung zu folgen. Aussagen machen will er jedenfalls nicht.

An diesem ersten von fünf angesetzten Verhandlungstagen wurden zwei Polizeizeugen vernommen. Beide konnten allerdings trotz Polizeivideo und Fotos zu den Vorwürfen gegen E.C. nichts beitragen, dafür hatten sie mehr mit dem Angeklagten des am folgenden Tag stattfindenden Prozesses zu tun.

Der zweite Prozeßtag ergab außer abgelehnten Anträgen der Verteidigung nicht viel Neues; allerdings wird der Prozeß im Herbst fortgesetzt – mit einer Haftverschonung ist trotz der Traumatisierung des Angeklagten kaum zu rechnen. Die nächsten Termine gegen E.C. sind für die 5. August unter den gleichen Sicherheitsauflagen angesetzt.

Am 16. Juli begann unter gänzlicher Mißachtung der Medien ein auch auf mehrere Verhandlungstage angesetzter Prozeß vor dem Amtsgericht gegen den Kurden C., dem schwerer Landfriedensbruch, Widerstand und schwere Körperverletzung bei den Auseinandersetzungen auf dem Rathenauplatz vorgeworfen werden. Seine Haltung im Prozeß hob sich von denen der bisherigen Angeklagten ab: selbstbewußtes Auftreten, kurdische Farben an der Jacke, er hielt eine Prozeßerklärung, machte aber ansonsten keine Aussagen. Diese konnten dann endlich die beiden Polizeizeugen des Vortages machen, denn sie meinten, C. sei ihr Mann, den sie erkannt hätten. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Die nächsten uns bekannten Termine, immer im Gerichtsgebäude Moabit, Turmstr. 91:

- jeweils Donnerstags, 5. und 12. August, 9.00 Uhr, Landgericht Saal 500, Hochsicherheitsbereich (Eingang Portal 5, neben dem Haupteingang)
- Freitag, 6. August, 9.00 Uhr, LG Saal 220 (Neuaufgabe vom 16.6.)
- Dienstag, 10. August, 9.00 Uhr und 14.00 Uhr (I., aus: *Berliner Berichte*)

„Neuordnung des südslawischen Raums“

Die Rolle der UCK im Kalkül der NATO

Staats und Regierungschefs aus 29 Ländern nahmen in der vergangenen Woche auf dem Balkan Mammutgipfel in Sarajewo teil. In der Abschlusserklärung heißt es: „Wir werden zusammenarbeiten, um die Integration Südosteuropas innerhalb eines Kontinents zu fördern, wo Grenzen unverletzbar bleiben und nicht länger Teilungen betonen.“ Daß hehre Worte oft Lug und Trug verbergen, wird an diesen Sätzen deutlich. Teilungen wollen sie nicht, aber Serbien wird nicht eingeladen und noch mit drohenden Worten bedacht. Wenn die serbische Bevölkerung ihre gewählte Regierung weiterhin behält, kann sie in dem von NATO-Bomben verwüsteten und verseuchten Land vor die Hunde gehen. Einzig der russische Ministerpräsident fand einige Worte des Protests: „Wenn es bis zum Winter keine Hilfe für Jugoslawien gibt, wird es zu einer humanitären Katastrophe kommen.“ Er verlangt zudem eine rasche Einbindung Jugoslawiens in den Stabilitätspakt. Eine der wichtigsten Bedingungen müßten „gleiche Beziehungen zu allen Ländern der Region, ohne Ausnahmen, sein“. Die serbische Regierung kritisierte die Gipfelkonferenz als „Fortsetzung der NATO-Aggression gegen Jugoslawien“.

Kein Frieden auf dem Balkan

Als unmittelbar betroffener Balkanpolitiker hat der griechische Minister für Europaangelegenheiten, Yannis Kranidiotos, kürzlich das Bedrohungspotential auf dem Balkan für die nächste Zukunft

skizziert: „Aus unserer Sicht ist die UCK eines der größten Probleme der ganzen Region. Das muß gelöst werden. Die UNO muß einschreiten und die UCK in die Schranken weisen. Zwar ist der Krieg vorbei, aber nicht zuletzt durch die UCK wird die Krise immer ernster. Nochmals: Das Kosovo muß ein Teil Jugoslawiens bleiben. Die NATO hat einen Krieg gewonnen, aber im Frieden hat sie keine Erfahrung. Wir aber schon. Man sollte auf uns hören.“ Hier spricht ein Mann, der offenbar die Bedrohung ganz akut sieht, und das nicht ohne Grund. Die Regierung in Athen fürchtet, daß ihr in dem latenten Dauerkonflikt mit dem „Erzfeind“ Türkei nunmehr nicht nur die Front in der Ägäis droht, sondern daß Griechenland über ein von der Türkei mit amerikanischer Rückendeckung nachhaltig unterstütztes Großalbanien geostrengisch in die Zange genommen würde. Daß diese Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt die Gründung einer Schwesterorganisation der UCK im Frühjahr 1999, die sich die „Befreiung“ der Albaner im Nordzipfel Griechenlands auf die Fahne geschrieben hat. Daß Ankara Hemmungen haben könnte, militante Separatisten in Griechenland zu unterstützen, steht nicht zu erwarten. Hat das türkische Außenministerium doch erst im Februar 1999 eine Broschüre veröffentlicht, die den Nachweis führen soll, daß Griechenland den „Terrorismus“ der kurdischen PKK auf vielfältige Weise unterstützt hat.

Deutsche Waffen, deutsches Geld, deutsche Interessen ...



Einem Bericht des „Spiegel“ zufolge will das Bundeskabinett noch in diesem Monat neue Richtlinien für Waffenexporte er-

lassen, die die aus dem Jahr 1982 stammenden Vorschriften noch weiter auflockern. Richtschnur soll ein sehr allgemein gehaltener, nahezu unverbindlicher Katalog sein, den die EU 1998 verabschiedet hat. Einzelheiten der neuen Richtlinien, die den Bundessicherheitsrat bereits passiert haben, sind zwar noch nicht bekannt. Doch geht aus verschiedenen Reaktionen hervor, daß der Rüstungsexport praktisch in alle Welt freigegeben wird, wenn nur die Empfänger versichern,

mit eben diesen Waffen nicht die Menschenrechte zu unterdrücken – wie indes die Bundesregierung diese Angaben überprüft bzw. mit Kenntnissen über den Waffeneinsatz verfährt, ist aus dem Beispiel der Türkei nur allzu gut bekannt (siehe z.B. *Politische Berichte* 15).

Mit der Lockerung der Richtlinien unterstreicht die BRD ihre wachsende Bedeutung als militärische Großmacht, d.h. als Großmacht, die ihre weltweiten Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen bereit ist. Denn die Rüstungsexporte steigern nicht nur die Profite der einschlägigen Konzerne, sie schaffen auch Abhängigkeiten, verschaffen Einfluß, ziehen technische Fachleute und militärisches Personal, Ausbilder etc. nach sich. So werden in zunehmendem Maße nicht nur deutsche Waffen, deutsches Geld in aller Welt mitmorden, sondern wird auch für deutsche Interessen gemordet werden. scc

BRD – Brandbomben im Gepäck

Die deutsche Bundesregierung scheinen solche Brandbomben auf dem Balkan entweder nicht zu stören, oder sie hat sie ganz gezielt als politische Manövrier-masse im Gepäck. Deshalb traf sich wohl auch Bundeskanzler Schröder vor einigen Tagen mit dem Sprecher der UCK, Hashim Thaqi, mitten in Pristina. Als erster hochrangiger Politiker und gegen den Einspruch der jugoslawischen Regierung, die das als Affront gegen die eigenen Souveränität sieht. Aber eine solche Kanonenbootpolitik gehört halt schon wie selbstverständlich zum außenpolitischen Handwerk der deutschen Bundesregierung. Deshalb setzt sich Schröder auch über die Mahnungen der UNO hinweg. Sergio Vieira de Mello, stellvertretender UNO-Generalsekretär und zeitweilig UNO-Übergangsverwalter über das Kosovo, stellte klar: „Damit das klar ist: Thaqi steht für die UCK, nicht für die Regierung.“ Anders sieht es offenbar die Bundesregierung. Schröder empfing Thaqi in seiner selbsternannten Funktion als Ministerpräsident einer selbsternannten Kosovo-Regierung. Durch diese Aktion macht die Bundesregierung auch deutlich, was sie von allen Versuchen der UNO hält, ein multiethnisches Kosovo aufzubauen. Nämlich

Pullach tätig. In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bundesaufsichtsamtsamt für das Kreditwesen im Oktober 1998 – offensichtlich aufgrund von anonymen Hinweisen des serbischen Geheimdienstes – 180 Verfahren gegen Unternehmen eingeleitet, die entgegen der Neuordnung des Kreditwesengesetzes Millionenbeträge für Waffenkäufe zur UCK transferiert hatten. In der Folge schalteten die Exilanten auf klassische Kurierwege um. Das Bundesaufsichtsamtsamt beklagte bei seinem Bericht an die Bundesregierung ausdrücklich, daß „andere Bundesbehörden“ diese kriminellen Aktivitäten tatenlos hinnehmen, und zielte damit vor allem auf den Bundesnachrichtendienst, der mit der UCK in Albanien und im Kosovo kooperiert.

Die serbische Seite hat in einem ausführlichen Dossier vom 8. März 1999 ihre Sicht der deutschen Unterstützung für die terroristische Vereinigung dargelegt. Die Palette der Vorwürfe ist breit. Sie reicht von der „Gastfreundschaft für Separatisten und Terroristen“ – beispielsweise für Bujar Bukoschi, den Exil Ministerpräsidenten, oder für Sali Xhelcaji, den Organisator der militärischen Ausbildung in Albanien – über die Unterstützung bei der Rekrutierung in albanischen Clubs wie „Jusuf Grvala“ in

Krieg angesetzten hochrangigen Mitarbeiter und über den fernmeldeelektronischen Einsatz gegen den serbischen Militärfunk hat Hans Leyendecker in der *Süddeutschen Zeitung* den bemerkenswerten Satz formuliert: „Viele der Geschichten über angebliche Massengräber und Greueltaten der Serben werden von Pullach als nachrichtendienstliche Desinformation bewertet, mit denen Politik gemacht werde.“ Aber der BND arbeitet hier nicht nur auf eigene Rechnung. Ob es hier mehr Konkurrenz oder Kooperation gibt, ist noch nicht ganz deutlich. Denn auch die CIA spielt eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung der UCK. Deren Verwicklungen in die Balkanangelegenheiten reicht bis in die unmittelbaren Nachkriegszeiten zurück und wurde bestimmt durch den Kampf gegen die sozialistischen Gesellschaftsbildung in der Region. Dabei gibt es auch direkte Beziehungen zwischen faschistischen Überbleibseln aus der deutsch-italienischen Besatzung des Balkans im Zweiten Weltkrieg und den USA.

Die *New York Times* wies in einem Kommentar vom 28. März 1999 darauf hin, daß es sich neben großalbanischem Nationalismus und einem noch auf Hodscha fußenden Marxismus-Leninismus beim ideologischen Hintergrund der UCK auch um Abkömmlinge faschistischer Milizen aus dem Zweiten Weltkrieg handelt. „Skanderbeg“ heißt der Albanerclub in Ludwigshafen, und der Name dieses im 15. Jahrhundert gegen das Osmanische Reich kämpfenden Freiheitshelden war auch der Ehrenname der im April 1944 von Heinrich Himmler aufgestellten, in weiten Teilen mit Kosovaren aufgefüllten 21. Division der Waffen-SS, die bei ihren „Einsätzen im örtlichen Partisanenkampf“ zahlreiche Kriegsverbrechen an Juden und Serben beging. Der Lagebericht des Ic dieser Division vom 7. Juli 1994 hielt fest: „Die Festsetzung und Abschiebung der Juden zur Arbeitsleistung in das Reich, sowie ihre Enteignung und die Aufdeckung der gut organisierten kommunistischen Organisation sowie die Sicherheitsverwahrung der Kommunisten und Bandenhelfer in einem KZ in Pristina hat in dieser Richtung die Lage geklärt und im alteingesessenen Volk Kosovos Genugtuung erzeugt“. Italien hatte 1941 den Kosovo weitgehend aus Jugoslawien gelöst und Albanien zugeschlagen und damit das Tor zum Völkermord an den Serben im Kosovo aufgestoßen.

Auf den ersten Blick handelt es sich bei dieser Traditionslinie der UCK um eine deutsch-italienische Erblast. Doch Hasan Dosti, Justizminister der Quisling-Regierung in Albanien, Xhafer Deva, Innenminister des italienischen Besatzungsregimes, und Midhat Frasherri, Chef der mit den Nazis kollaborierenden Organisation Balli Kombetar, gingen 1949 in die USA, um dort das Nationalkomitee für ein freies Albanien aufzubauen, nachdem Frasherri 1947 mit dem



UCK in Prizren (Juni). Rupert Neudeck berichtete am 2.8. im Deutschlandfunk von einem geheimgehaltenen Papier, in dem die NATO der UCK zusichere, daß ihr Führungskern die Waffen behalten könne und daß die UCK mit dem Aufbau der Polizei beauftragt wird.

nichts. Wie auf Bestellung folgte auch glatt das Massaker an den 14 Serben, das die UCK zwar kritisierte; aber Thaqi selbst fordert, daß die Serben das Kosovo verlassen, wodurch er schon allein zum Schreibtischtäter wird. Die Bundesregierung weiß, auf was sie sich einläßt, hat sie doch in der Vergangenheit, zum Teil in Konkurrenz zu den USA den Aufbau der UCK organisiert. Führend war hier der Bundesnachrichtendienst in

Hannover oder „Emil Duraku“ in Düsseldorf bis hin zu illegalen Lieferungen von Waffen und Fernmeldemitteln, die von deutschen Nachrichtendiensten gesteuert worden seien.

UCK – Ziehkind von CIA und BND

Als Partner der UCK ist der BND über die Entwicklungen im Kosovo gut unterrichtet. In seinem Artikel über die 20 beim BND in Pullach auf den Kosovo-

US-Botschafter in Rom übereingekommen war; 50 führende Albaner zum Kampf gegen den Kommunismus in ihrer Heimat in die USA zu schicken. „Sobald sich Frasheri, Deva, Dosti und noch einige seiner Mitarbeiter in den USA befanden, gründeten sie das Nationale Komitee für ein freies Albanien, das von der CIA großzügig finanziert wurde ... Sie alle waren als hohe Funktionäre im Nationalen Komitee für ein freies Albanien sowie in zahlreichen albanischen Vereinen in den Vereinigten Staaten tätig“, hatte der US-Geheimdienstexperte Christopher Simpson 1988 recherchiert. Und diese Albaner- und Kosovaren-Vereinigungen mit faschistischen Wurzeln sahen ab dem Ende der 80er Jahre die Chance, nun zu erreichen, was den dilettantischen Kommandounternehmen der CIA in den 50er Jahren versagt blieb, die Befreiung Großalbanians.

Die *Österreichische Militärische Zeitschrift* ÖMZ rubriziert die Parzellierung der alten Bundesrepublik Jugoslawien seit Jahren als „Neuordnung des südslawischen Raumes“. Die ordnende Hand Washingtons folgt dabei – bewußt oder unbewußt – im Kern den territorialen Mustern, die in Hitlers Reichskanzlei für die Zeit nach dem „Endsieg“ in den Schubladen ruhten: Ein im Nordwesten dominierendes, gleichwohl abhängiges Kroatien und im Südosten ein großalbanisches Gegenstück.

Für die Nachkriegsordnung auf dem Balkan entsteht durch die amerikanische/deutsche Komplizenschaft mit der UCK ein neues Konfliktpotential, das von dem griechischen Europaminister klar erkannt wurde.

Aber auch andere bürgerliche Politiker sehen drohendes Unheil in der Mittelmeerregion aufbränden. So hat der ehemalige israelische Außenminister Sharon am 7. April 1999 nachdrücklich vor einem Großalbanien als einem Hort des internationalen Terrorismus gewarnt und damit die Parallelen aufgezeigt, die zwischen der CIA gestützten Schaffung von europäischen Muhajeddin und dem Desaster der amerikanischen Politik in Afghanistan bestehen.

Aber auch Makedonien verweist aus gutem Grunde darauf, daß der Machtanspruch der UCK und ihrer Paten in Tirana auch einen beträchtlichen Teil seines Staatsgebiets in das angestrebte Großalbanien einbezieht. Mit großer Sorge sieht die Regierung in Skopje, wie die UCK geheime Waffenlager im Lande anlegte, in den Flüchtlingslagern und rund um Tetovo bereits ihre Fahne aufgepflanzt hatte und in welchem Umfang sie unter den makedonischen Albanern Propaganda für den Separatismus entfaltet. Jede Gewährung von vollständiger Selbständigkeit des Kosovo würde bei den Separatisten in Makedonien als Ermutigung angesehen, dem Vorbild der UCK mit Terrorakten gegen staatliche Einrichtungen nachzueifern. *hav*

Naher Osten

Kommt es zur Annäherung Syrien – Israel ?

Als vor einigen Tagen die Staaten der Genfer Konvention die Resultate des 50-jährigen Bestehens überprüfen wollten, blockten wieder einmal die USA ab. Erneut war der Punkt, welche Verletzungen dieser Konvention von Israel auch heute noch ausgehen. Der amerikanische Vizepräsident Al Gore hatte persönlich darauf gedrungen, das „gute Klima“, das durch den neuen israelischen Ministerpräsidenten Barak entwickelt worden sei, nicht zu zerstören. So vertagte sich das Gremium erneut, obwohl es im Februar durch die UN-Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit ins Leben gerufen worden war (lediglich Mikronesien, Israel und die USA hatten dagegen gestimmt).

Selbst Amnesty in London verurteilte diese neuerliche Vertagung als eine „skandalös mißachtete Möglichkeit, internationales Recht zu bestätigen“.

Diese kleine Episode auf der internationalen Bühne bestätigt lediglich, daß die „neuen“ Informationen aus Israel lediglich die alten sind. „Du hast uns die Nachricht überbracht, daß Israel Frieden will“, so war Barak in den USA von Albright empfangen worden. Mit einigen medien-wirksamen Klimmzügen hatte Barak sich von seiner Vorgänger-Regierung abzusetzen versucht, die Medien plapperten die Botschaft nach. Es machte den Anschein, als ginge es nun voran mit dem Friedensprozeß. Tatsächlich hatte Barak die gleichen Tatsachen in anderer Verpackung präsentiert. Er wolle gleich die verlorene Zeit unter Netanyahu aufholen und bis zum endgültigen Vertrag mit der PLO verhandeln, so hatte er sich ausgedrückt. Auf der anderen Verhandlungsseite hatte man ihm diesen Spielraum gelassen, die PLO ging auf das Spielchen ein und eröffnete erneut die Zeit im Warteraum.

In dieser Zeit werden erneut Fakten geschaffen: Die israelische Luftwaffe wird mit einem 250 Mio.-\$-System ausgerüstet; ein neues Gremium soll sich alle vier Monate treffen, um die gemeinsamen Sicherheitsaspekte zu klären; die Militärhilfe wird von 1,9 Mrd. \$ auf 2,4 Mrd. \$ aufgestockt; neue Investitionen sollen die „bewehrten“ Umgehungsstrassen zur Verbindung der Siedlungen absichern. Als Gegenleistung versprach Barak, in den nächsten

15 Monaten, bis zu den US-Wahlen, sich für einen Durchbruch in den Verhandlungen einzusetzen. Dabei sind sprachliche Feinheiten wichtig: Es geht nicht um den Rückzug „aus“ dem Golan, sondern um einen Rückzug „auf“ dem Golan, um die Stabilisierung der Siedlungspolitik und – als immer wieder unterschlagene Größe – um eine Lösung für die Flüchtlinge in ihren jetzigen Ländern, nicht aber in Palästina selbst. Die Symbolik von Jerusalem – Al Quds – wird auch von Barak als „ewig und unteilbar“ zionistisch eingestuft. Diese Formulierung erschien dann selbst Arafat zu viel. Es könne das nicht akzeptieren, meldete er anläßlich eines Besuches in Ägypten. Aber Mubarak gehörte auch bislang schon zu den besten Fürsprechern der israelischen Politik in der arabischen Welt.

Dennoch scheinen sich auch noch andere Entwicklungen anzudeuten. Eine Änderung der syrischen Politik gegenüber Israel kann ebenso möglich sein wie diejenige Algeriens. Beide haben sich in ihrer Tonlage gegenüber Israel bislang eher zurückgehalten. Es gibt Anzeichen, daß in Damaskus Einfluß genommen wird auf die palästinensischen Fraktionen, ihren bewaffneten Kampf gegen Israel auf eine politische Ebene zu transformieren. Dennoch ließen sie ein Treffen mit Arafat in Kairo platzen, da die PLO-Charta von diesem einseitig gekündigt worden war. Aber die Türen werden offengehalten; man schickt dann die zweite Garde in die ägyptische Hauptstadt, um nicht isoliert zu werden. Arafat hat schließlich den Einfluss auf internationale Kredite, die z.B. die Europäische Union in den Gaza-Streifen pumpt. Die EU definierte kürzlich erneut ihre Rolle gegenüber den USA in der Region als primär auf wirtschaftlichen Verbindungen basierend, die politischen Linien sollte nach wie vor die USA gestalten. Ein Barak, der arabischer Herkunft ist, und ein Mubarak werden diese Vorgaben in ihren Bereichen umsetzen; die radikalen Fraktionen religiöser oder politisch-nationalistischer Ausrichtung laufen ständig Gefahr, in den großen politischen Linien an die Wand gespielt zu werden. *mc*



Israelische Panzer auf den Golan-Höhen



Die Verschleppung des in der BRD als Asylbewerber anerkannten Kurden Cevat Soysal in die türkischen Folterkeller ist auf heftigen Protest gestoßen. Ein Sprecher des Flüchtlingskommissariats der UNO (UNHCR) kritisierte den „eklatanten Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention“. Der Flüchtling habe als anerkannter Asylbewerber unter dem besonderen Schutz der BRD gestanden. Für den UNHCR sei es „bedenklich, wenn dieser Schutz zusammenbricht“. Inzwischen liegen dramatische Meldungen über die Haftbedingungen von Soysal vor. Die prokursive Tageszeitung *Özgür Bakis* beschuldigte die türkischen Sicherheitskräfte, den 37-jährigen gefoltert zu haben. (Foto: ND)

Türkei: Generalstreik angekündigt

Wohl zum ersten Mal in der Geschichte haben sich praktisch alle türkischen Gewerkschafts- und Berufsverbände zu einer gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen. Aufgerufen von Gewerkschaftsorganisationen wie Türk-Is (konservativ), Disk (links), Hak-Is (islamistisch), Ärzte, Architekten- und Anwaltskammern und selbst der Beamtenorganisation der faschistischen Regierungspartei MHP zogen am vergangenen Samstag 250 000 Menschen durch Ankara. Sie forderten ein Ende der sogenannten Sozialreformen (Erhöhung des Rentenalters, Kürzung der Renten, Einführung einer Beitragszahlung im Gesundheitssystem) und der Privatisierungen. Außerdem protestierten sie gegen die Pläne einer Verfassungsänderung, nach denen bei Konflikten zwischen multinationalen Konzernen und deren türkischen Belegschaften die türkische Rechtsprechung ausgesetzt werden soll. Die Renten- und Verfassungsreform sei der Regierung vom Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgezwungen worden, argumentierten die Organisatoren der Demonstration. Daß das Rentensystem nicht mehr finanzierbar sei (so die Regierung), habe eine Reihe von Gründen. So würden 4,5 Millionen Beschäftigte im informellen Sektor arbeiten (also keine Beiträge entrichten); außerdem sei das Sozialsystem nicht demokratisch

kontrolliert und damit ein Missbrauch der Sozialleistungen vorprogrammiert. Der Protest der Beschäftigten begann Mitte Juli mit Demonstrationen in mehreren Grossstädten. Weitere Proteste in den nächsten Wochen sind schon angekündigt.

Britannien: Tod in der U-Haft

1998 starben in den Zellen der britischen Polizei 65 Menschen, eine überdurchschnittlich hohe Zahl davon gehörte ethnischen Minderheiten an. Zu diesem Schluß kommt ein Bericht der Police Complaints Authority, einer von der Polizei unabhängigen Beschwerdeinstanz. Zum viertenmal hintereinander sei die Zahl der in Polizeihaft Verstorbenen angestiegen. 1995 waren 46 Menschen umgekommen. Die meisten starben unter Alkohol und Drogeneinfluß oder begingen Selbstmord, die übrigen Todesfälle hatten „natürliche Ursachen“ (etwa Fahrlässigkeit im polizeilichen Umgang mit Zuckerkranken). Ein Fünftel aller Opfer gehört ethnischen Minderheiten an, obwohl diese nur 5% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Polizei müsse sich fragen, ob sie Schwarze und Asiaten so behandle, wie sie mit Weißen umgehen würde, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Authority, Molly Meacher. Der britischen Polizei wurde schon im Februar 1999 von offiziell vorgeworfen, weil sie die mutmaßlichen Mörder

des Schwarzen Stephen Lawrence laufen ließ. Lawrence war 1993 von einer Bande weißer Jugendlicher erstochen worden. Vor einigen Tagen wurde nun das Ergebnis der polizeiinternen Untersuchungskommission gegen einen der ermittelnden Beamten bekannt: Sie ließ die meisten der gegen den Inspektor erhobenen Vorwürfe fallen.

Katalonien: Aktionen gegen Rassismus

Nur 2 000 Menschen haben am vergangenen Dienstag in Barcelona gegen die rassistischen Übergriffe in der Province Katalonien demonstriert. Zu der Demonstration hatte auch die am Tag zuvor gegründete Koordination gegen den Rassismus aufgerufen. Dort hatte sich etwa 40 politische und gewerkschaftliche Formationen im Sitz der Gewerkschaft „Arbeiterkommissionen“ versammelt, um die „Plattform für das Zusammenleben 2“ zu bilden. Auf der ersten Sitzung beschlossen sie, die Integration aller Immigranten voranzubringen. Es sollen Kampagnen durchgeführt werden, die die Bevölkerung für die Probleme der Immigranten sensibilisieren soll. Dazu gehörte die Demonstration am Dienstag in Barcelona. Doch die Mobilisierungsfähigkeit dieser neuen Bewegung scheint angesichts der geringen Teilnehmerzahl der Demonstration begrenzt zu sein. Obwohl an die 100 Organisationen zu der Kundgebung aufrufen, waren es doch eher Mitglieder von Immigrantengruppen, die mit der Parole „Weg mit dem Ausländergesetz“ durch Barcelona zogen.

Mexico: Exporte zerstören die Umwelt

In den fünf Jahren, seit die Freihandelszone zwischen den USA und Mexico in Kraft ist, dominieren die Maquiladoras, Billiglohnbetriebe, die Produkte für den Export in die USA herstellen, die nördliche Grenzregion von Mexico. Ein Bericht einer lokalen Umweltorganisation zeigt jetzt den Zusammenhang zwischen den Exportbetrieben mit ihren miserablen Arbeitsbedingungen und der Umweltzerstörung im Süden Mexicos auf. Dort, in den Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Vera Cruz und der Landenge von Tehuantepec, legen transnationale Holz- und Zelluloseunternehmen riesige Plantagen von Eukalyptus und afrikanischen Palmen an. Die zukünftigen Generationen der Holzplantagen sollen nur noch mit gentechnisch veränderten Setzlingen bepflanzt werden. Der größte Teil der produzierten Zellulose wird zu Verpackungsmaterial für die Maquiladoras verarbeitet. Derzeit importiert Mexico noch ein Drittel der verwendeten Verpackungen

Zusammenstellung: hav

BERLIN. Gegen die Diskriminierung von homosexuellen Bundeswehrangehörigen demonstrierte am 30. Juli der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) vor der SPD-Parteizentrale in Berlin. Jüngster Anlaß für die Aktion war die Behauptung von Rudolf Scharping, Homosexuelle seien als Führungskräfte in der Bundeswehr ungeeignet. Frank Karge, der Sprecher des Verbandes, forderte den Verteidigungsminister zum Kurswechsel auf. Er erinnerte Scharping daran, daß er sich 1998 als Oppositionspolitiker noch in einem Brief an ÖTV-Chef Herbert Mai für eine „aktive Politik zum Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung von Lesben und Schwulen“ eingesetzt hatte. Außerdem verwies er auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg, durch das ein Feldwebel Recht bekam, der gegen seine Zwangsversetzung wegen Homosexualität geklagt hatte. „Tagesbefehl: Diskriminierung stoppen“ und „Gleiches Recht für schwule Soldaten“, fordern deshalb die Protesttafeln vor der SPD-Zentrale. *sz*



DGB begleitet Agenda 21-Prozeß

WEINHEIM. „Nachhaltige Entwicklung aus Arbeitnehmersicht – Gibt es das?“ Unter diesem Titel organisierte das DGB-Ortskartell eine erste Diskussion über Möglichkeiten, Arbeitnehmerinteressen in den Agenda 21-Prozeß mit einzubringen. Mehrere Anwesende sprachen sich dafür aus, die überfällige Einführung von Jobtickets in den Betrieben voranzutreiben. Dazu wollen die Betriebsratsgremien in den nächsten Monaten neue Initiativen ergreifen. In der Baupolitik müsse mehr Wert auf familiengerechtes Wohnen gelegt werden, wo mehrere Generationen unter einem Dach zusammenleben können. Nach Meinung des Ortskartellvorsitzenden Bernhard Feuling hängt der Erfolg des Agenda-Prozesses davon ab, daß für die Menschen tatsächlich Einfluß auf Entscheidungen sichtbar werde, damit diese merken, daß etwas bewegt werden könne. Nur so wären sie zur Mitarbeit an diesem Prozeß zu motivieren. Das Ortskartell will in den nächsten Monaten konkrete Initiativen ergreifen, um soziale und Arbeitnehmerinteressen nicht in dem Agenda-Prozeß unter die Räder kommen zu lassen. *mh*

Polizeischutz für Faschisten

INGOLSTADT. Das Bündnis gegen Rechts demonstrierte am 24. Juli in Ingolstadt gegen den Aufmarsch der faschistischen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Am Bündnis beteiligt waren u.a. Mitglieder der VVN/BdA, der PDS, von Bündnis 90/Die Grünen, der Gewerkschaft HBV, der Sinner Initiative gegen Rechts, des Aktionsforums Frieden Neuburg und einiger Eichstätt Gruppen. Auf der Kundgebung warnte Martin Löwenberg, VVN München, vor einer Unterschätzung der faschistischen Gefahr, und Eva Bulding-Schröter, PDS-Bundestagsabgeordnete, mahnte ein Bündnis aller Parteien und Gewerkschaften gegen Rechts an. Massive Polizeikräfte hinderten die Gegendemonstranten daran, den Zug der 120 Nazis in das Südostviertel zu beglei-

ten. So konnte die JN in der Pettenkoferstraße unbeeinträchtigt eine kurze Kundgebung abhalten. In dem Wohnviertel spielte sich eine fast schon gespenstische Szenerie ab, denn viele Anwohner wußten offenbar nichts von dieser Veranstaltung und verfolgten den Faschisten-aufmarsch vom Balkon oder Fenster aus mit völliger Fassungslosigkeit. *mlb*

Kurdistan-Demonstration am 24.7.

Stuttgart. Rund 1500 Kurdinnen und Kurden aus Baden-Württemberg demonstrierten am 24. Juli in der Stuttgarter Innenstadt für die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei, für Frieden in Kurdistan, gegen die Abschiebungen in die Türkei. Die Evangelische Landessynode in Württemberg faßte am 9. Juli eine Entscheidung zur Situation der Kurden, in der es u.a. heißt: „Wieder ins Blickfeld geraten ist die Situation der Kurden in der Türkei. Die innenpolitische Lage hat sich in diesem Land zugespitzt. Nach der Verurteilung des Führers der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Öcalan haben Willkürmaßnahmen gegen die kurdische Be-



völkerung erheblich zugenommen. Der türkische Staat scheint nicht in der Lage zu sein, die Sicherheit des kurdischen Bevölkerungsteils zu gewährleisten, eine Rückkehr der in Württemberg lebenden Kurden ist wegen der aufgewühlten

Stimmung für Leib und Leben gefährlich und deshalb nicht zumutbar.“ Die Landesregierung wird aufgefordert, nicht abzuschieben, bis sich die Lage entspannt hat. *kbs*

Protest gegen „Gruselkatalog“

MÜNCHEN. Am 15. Juli demonstrierten ca. 500 Erzieherinnen und Erzieher in München gegen die Sparpolitik der bayer. Staatsregierung. Sie kritisierten Sozialministerin Stamm, die durch ihre wirtschaftlichen Vorgaben („Gruselkatalog“) zum schleichenden Abbau von Standards in den Kindergärten beitrage. „Der pädagogische Auftrag gerät in Vergessenheit“, so ihr Protest. „Die Zustände sind unzumutbar: Zu wenig Personal, zu wenig Geld und zu viele Kinder.“ *bas*

1. September – Antikriegstag

Mit zahlreichen Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen, Friedensfesten und Kundgebungen stellen Gewerkschaften und Friedensgruppen zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen die nötigen Konsequenzen und Lehren aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien zur Diskussion. Das Netzwerk Friedenskooperative erklärt dazu: „Unsere Lehren aus diesem Krieg heißen:

- Nicht die Militarisierung der EU für eigene Interventionsfähigkeit, sondern die Stärkung der OSZE in einem kooperativen Gesamteuropa.
- Nicht Kosovo als Präzedenzfall für die neue NATO-Strategie der Selbstmandatierung, sondern Rückkehr zum Völkerrecht unter einer gestärkten UNO.
- Nicht militärische Parteinahme für eine Konfliktpartei, sondern tatkräftige Unterstützung für die demokratischen Kräfte der gesamten Region.
- Nur die Investition in Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung, nur die enge Zusammenarbeit in Gesamteuropa kann die nächsten Kriege verhindern.
- Wir wollen eine Welt ohne Grenzen, ohne Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung. Wir wollen nie wieder Krieg!“

„Kein Mensch ist illegal“ – 2. Camp an der deutsch-polnischen Grenze

ZITTAU. Zum zweiten Mal nach 1998 schlägt die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ ihre Zelte auf im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien. Vom 7. bis zum 15. August kommen AktivistInnen aus vielen verschiedenen Ländern zum diesjährigen Camp am Ortsrand von Lückendorf bei Zittau zusammen. Den Aufruf veröffentlichten wir in unserer Ausgabe Nr. 13. Hier nun das Programm, das vorläufige Anhaltspunkte geben und um spontane oder kurzfristig vorbereitete Aktivitäten ergänzt werden soll:

Samstag, 7.8.99: Move the borderline! Paraden auf beiden Seiten der Grenze mit DJ's aus Deutschland und Polen

Sonntag, 8.8.99: Auf freiem Feld. Diskussionen und Auseinandersetzungen über Europa und den Krieg.

Montag, 9.8.99: Marktplatz Zittau. Flüchtlinge berichten über die Barbarei der Grenzregime.

Dienstag, 10.8.99: Keine Grenze überall. Spektakuläre Neueröffnungen von unbewachten Übergängen.

Mittwoch, 11.8.99: Tag des Zorns. Ein Jahr nach dem Unfall in Freiberg: Gegen die Menschenjagd an der Grenze.

Donnerstag, 12.8.99: Grenzen – Wohlstand – Armut. Praktische Reflektionen zur sozialen Funktion des Grenzregimes.

Freitag, 13.8.99: Tag des Antifaschismus. Ortstermine bei lokalen Nazitreffs.

Samstag, 14.8.99: Spiel ohne Grenzen. Großes Finale und Abschlußparty.

Außerdem: Deep Europe, Wohlfahrtsauschüsse, Teleportacia Lounge, Konzerte, Filme, Camp-Radio und vieles Unvorhersehbares mehr.

Infos: 99camp, c/o Forsch. Flucht und Migration, Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 0172/8 91 08 25, Fax: 030/6 93 83 18

Antirassistisches Aktionscamp an der deutsch-dänischen Grenze

FLensburg. Ein Bündnis aus antirassistischen, antifaschistischen und linken Gruppen organisiert vom 6. bis 8. August ein Aktionswochenende an der Grenze zu Dänemark mit Camp in Flensburg. Das Camp soll Höhepunkt und Abschluß einer mehrwöchigen Kampagne aus verschiedenen Veranstaltungen, Filmen und Aktionen sein, die in Schleswig-Holstein, Hamburg und Dänemark stattfinden. Das Camp wird zeitgleich mit anderen Aktionen in Europa und an der mexikanisch-amerikanischen Grenze durchgeführt. Obwohl oft von einem „Wegfallen“ der innereuropäischen Grenzen gesprochen wird (die dänisch-deutsche soll im Jahr 2000 fallen), ist doch seit längerer Zeit eine Entwicklung hin zur flächendeckenden Überwachung gerade im grenznahen Bereich als zusätzliche Grenzsicherung zu erkennen. Das Motto der Aktionen lautet: „Wir sagen Nein! Grenzen auf für alle!“

KG

Arbeitslosenzentrum in Aktion

Freibier, Arbeitszwang und ein Minister...

KÖLN. Für Montag, den 19.7. hatten Arbeitsamt und Stadt Köln zur Eröffnung der Jobbörse ‚Junges Köln‘ Bundesarbeitsminister Walter Riester geladen. Auch SPD-OB-Kandidat Heugel und sein CDU-Pendant Blum ließen sich die Gelegenheit zu Festreden und Gesichtspflege nicht entgehen.



Gut 150 Leute waren jedoch nicht gekommen, um an der sommerlichen Selbstgerechtigkeit von Sozial- und Arbeitsamt und dem Freibier teilzuhaben:

Aufgerufen zum Protest hatte das Kölner Arbeitslosenzentrum (Kalz), das Walter Riester zu einem Gespräch über die „enttäuschten Hoffnungen von Arbeitslosen“ aufforderte, die „sich auf die Wahlkampfversprechen von mehr sozialer Gerechtigkeit verlassen haben“. Konkret wandte sich das Kalz gegen die Aufhebung des Berufs- und Qualifikationsschutzes, eine „Diskussion, die Niedriglohnarbeit in all ihren Erscheinungsformen als Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit propagiert“ und die jährlichen Kürzungen der Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose um 3 %.

Gekommen waren auch aufgebrachte Leute aus den Projekten und Vereinen, die durch die Ankündigung von tiefgreifenden Kürzungen bei ABM-Maßnahmen durch den Kölner Arbeitsamtsdirektor Fuß zum Jahresende faktisch vor dem Aus stehen; mit offenen Briefen wiesen ein Bündnis Kölner Frauenprojekte, der Trägerverein ‚Alte Feuerwache e.V.‘ und der Solidaritätsbund der Migranten aus der Türkei auf die Notwendigkeit weiterer Förderung für die Erhaltung ihrer Beratungsangebote hin: Sie befürchteten „einen Einbruch in die soziokulturelle Landschaft in Köln und eine Versorgungslücke, die von anderen Organisationen nicht geschlossen werden kann“. Und die Kölner PDS machte in einem Flugblatt auf den konkreten Zweck der Jobbörse ‚Junges Köln‘ aufmerksam: Mit dem Entzug der Sozialhilfe für Jugendliche, die ein halbjährliches Praktikum von 30 Wochenstunden für 850 DM netto im Monat verweigern, den Einstieg in einen neuen Niedriglohnsektor zu fördern. Sie bot Betroffenen im Wahlkreisbüro von Ulla Lötzer in Kalk Hilfe an.

Oberstadtdirektor Heugel, nebenberuflich SPD-Oberbürgermeisterkandidat, pries dieses Programm als „Lückenschließung für Leute, die Ansprüchen des traditionellen Beratungssystems nicht genügen“ und somit als Chance gegen die „Gewöhnung an die Schnelle Mark“ vom Sozialamt als „Ein-

stieg in eine professionelle Bittstellerkarrier.“ Sein CDU-Konkurrent Blum beschränkte sich angesichts des näher rückenden Freibiers darauf, seine Zustimmung zu dem Projekt in die Phrase von einer „neuen Kultur der Beratung“ zu verpacken.

Walter Riester stellte sich im Anschluß an die offizielle Veranstaltung eine halbe Stunde lang den Fragen der Protestierenden, die Festreden zeigten sich jedoch von deren Interessen und Forderungen wenig beeindruckt: Im Anschluß an das Lob für die ‚vorbildliche und beispielhafte Zusammenarbeit‘ von Sozial- und Arbeitsverwaltung in Köln stellte Riester die sozialdemokratische Sichtweise zum Thema Arbeitszwang klar: „Sozialhilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe qua Arbeit; es gibt keine freie Wahl, sondern jeder muß seine Arbeitskraft verkaufen.“ Ähnliche Prosa findet sich übrigens auch im Kommunalwahlprogramm der Kölner SPD.

Weiterhin outete sich Riester als Gegner eines Niedriglohnsektors, ohne konkret zu sagen, was er dagegen tun will. Konkret hingegen war seine Ankündigung, in den Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe in Eichels Sparprogramm einen Fortschritt in Richtung Vereinheitlichung mit der Sozialhilfe zu sehen; schließlich seien ja beides bedürfnisorientierte (!) steuerfinanzierte Sicherungssysteme. (...) Nicht diese ‚Reformpläne‘ und das Versprechen von der baldigen Abschaffung der Meldepflicht für Arbeitslose im Vorschaltgesetz zum SGB III prägten das anschließende Gespräch mit Walter Riester, sondern die Fragen nach der Zukunft der ABM-geförderten Projekte. Die Frauenprojekte formulierten dazu: „Obwohl der Erhalt der soziokulturellen Angebote einer Stadt in die Verantwortung kommunaler Finanzierung fällt, hat sich die Stadt Köln bisher auf die Finanzierung der Projektarbeit durch das Arbeitsamt verlassen.“ Kommunale Schritte zur Verstetigung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, wie ihn die PDS fordert, und deren Finanzierung – z.B. durch eine zweckgebundene Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze – werden wohl ein wichtiges Thema im Kommunalwahlkampf ...

W.L.

STÄDTETAG VERSCHÄRFT SEINE KRITIK AM SPARPAKET

Berlin. „Im Streit um das Sparpaket geht es nicht nur um die Verschiebung finanzieller Lasten zwischen Bund und Kommunen, es geht auch um Inhalte der Politik“, erklärt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. „Mit der Streichung der originären Arbeitslosenhilfe und mit der Streichung des Bundesanteils am Unterhaltsvorschuß werden Zehntausende Arbeitslosenhilfeempfänger und Tausende alleinerziehende Mütter in die Sozialhilfe getrieben.“ Articus betont: „Die Auswirkungen des Sparpakets werden in der Öffentlichkeit bislang viel zu wenig wahrgenommen.“ Im Mai 1999 gab es bundesweit 69.886 Empfänger der originären Arbeitslosenhilfe. Diese Hilfe will der Bund im Rahmen des Sparpakets ersatzlos streichen. Wenn der Bund seinen Anteil an dem Unterhaltsvorschuß streicht, droht die gesamte Finanzierung dieses Unterhaltsvorschlusses zusammenzuberechnen, weil er eine Bundesaufgabe darstellt. Dann ist unvermeidlich, daß Tausende alleinerziehende Mütter ersatzweise Sozialhilfe beantragen müssen. Articus erklärt dazu: „Wir unterstützen grundsätzlich die Einsparungs- und Konsolidierungsanstrengungen der Bundesregierung. Die absoluten Grenzen von Einsparungsanstrengungen sind aber da erreicht, wo Menschen in die Sozialhilfe getrieben und die kommunalen Haushalte zusätzlich belastet werden.“ Der Deutsche Städtetag fordert keine Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der Städte, sondern einen Verzicht des Bundes auf Kürzungsmaßnahmen, die die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten. Als absolut unverzichtbar sieht er die Korrektur des Sparpaketes in den Punkten, in denen statt Einsparungen nur Lastenverschiebungen in die städtischen Haushalte vorgenommen würden.

AUS FÜR MÜNCHNER FIXERSTUBEN
München. Das endgültige Aus für die Münchner Fixerstuben-Pläne kommt aus der rot-grünen Bundesregierung. Diese plant eine bundeseinheitliche Rahmenvorschrift, die medizinische Standards vorschreiben soll und den Landesregierungen gestattet, den Betrieb von Konsumräumen zu regeln und zu genehmigen. Den Ländern wird jedoch freigestellt, ob sie eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen. Die in München seit langem geplante Fixerstube wäre also nach dem rot-grünen Gesetzentwurf legal, braucht aber jetzt den Segen der Staatsregierung. Und die ist 150prozentig dagegen. Der Münchner OB Ude (SPD) begrüßt das föderale Prinzip, den Ländern ausreichende Kompetenzen zu übertragen, in diesem Fall aber bediene der Bund die „uneinsichtigen Hardliner“ in Bayern. Der

städtische Gesundheitsreferent Joachim Lorenz (Grüne) klagt, „der bayerische Sonderweg“ schaffe „Abhängige zweiter Klasse“. Sollte sich bundesweit die Ansicht verfestigen, Konsumräume könnten Leben retten helfen, meint Ude, werde auch die Staatsregierung nachgeben müssen – „allerdings mit mehrjähriger Verspätung“.

**BÜRGERVERSAMMLUNG ÜBT DRUCK
AUF STADTRAT AUS Augsburg.** Auf der Bürgerversammlung Ende Juni (Bild) beschließen fast 800: 1. Sicherheitsreferent Reisser (CSU) muß die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz entzogen werden. 2. Eine unabhängige Untersuchungskommission soll Ursachen und Verantwortlichkeiten des Hochwassers



klären. Auf der Stadtratssitzung zuvor mußte eine große Zuhörerschaft erleben, wie wenig Konsequenzen der Oberbürgermeister aus der Hochwasserkatastrophe im Stadtrat zuließ. Viele Bewohner waren vom Wehrbruch der Wertach schwer geschädigt. Nur zu verständlich, daß sie sich besonders erregten, weil sich der zuständige Referent nach Verkündung des Katastrophenalarms ins Bett legte und am nächsten Morgen in Urlaub fuhr. Immerhin bewirkte die große Bürgerversammlung, daß der OB einlenken mußte: Dem Ordnungsreferenten entzog er „vorläufig“ die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz. Eine Untersuchungskommission hatte er bisher abgelehnt mit dem Hinweis auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, jetzt erklärte er sich zumindest bereit, einen unabhängigen Untersucher einzusetzen.

„FAST ALLE HABEN SIE – NUR WIR NICHT“ Emmendingen. Unter diesem Titel lud das Frauennetzwerk zu einer Veranstaltung mit Heide Merkel ein, die seit drei Jahren Frauenbeauftragte des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald ist und zudem Sprecherin der Frauenbeauftragten der Landkreise in Baden-Württ.. 1990 hatte es für zwei Jahre auch im Kreis Emmendingen eine Frauenbeauftragte gegeben, deren Stelle ist aber in den Haushaltsberatungen für 1993 wieder gestrichen worden. Mit dieser Veranstaltung wollte das Frauennetzwerk wieder einen Anlauf machen, das Thema neu auf die Tagesordnung zu setzen und die Notwendigkeit zu bekräftigen. *Zusammenstellung: baf*

Stellungnahme des Augsburger Aktionskreises Mehr Demokratie in Bayern

Ein Etappensieg für drei Volksbegehren

Die zwei Volksbegehren der unabhängigen Initiativen Mehr Demokratie in Bayern für erweiterte Mitbestimmungsrechte der Bürger haben die erste Hürde von jeweils 25.000 Unterschriften genommen. Für das dritte Volksbegehren „Unabhängige Richterinnen und Richter in Bayern“ werden noch einige hundert Unterschriften benötigt.

„Das erste Etappenziel für mehr Bürgermitbestimmung in der Landespolitik und den Stopp der Beschneidung des kommunalen Bürgerentscheidrechts ist damit erreicht“, teilt Gaby Thoma vom Augsburger Aktionskreis der Initiative Mehr Demokratie mit.

- Das Volksbegehren „Schutz des Bürgerentscheids“ soll das weitgehend kommunale Bürgerentscheidrecht annähernd so wiederherstellen, wie es vom Volk 1995 beschlossen wurde. Die Landtags-CSU hatte vor drei Monaten durch eine Klausel das normale Mehrheitsprinzip bei Bürgerentscheiden abgeschafft. Mehr Demokratie will erreichen, daß wieder die Mehrheit der gültigen Stimmen entscheidet und Stimmenthaltungen auch als solche gewertet werden. Zugleich sollen künftig auch Tempo-30-Zonen und Baumschutzverordnungen Gegenstand eines Bürgerbegehrens sein können. Ihr ursprüngliches Mitwirkungsrecht beschlossen die Bürger in einem Volksentscheid am 1. Okt. 1995 auf Initiative von Mehr Demokratie.

- Mit dem Volksbegehren „Faire Volksrechte im Land“ will Mehr Demokratie das Recht auf Bürgermitwirkung in der Landespolitik auf alle Themen ausweiten und den Weg zum Volksentscheid erleichtern. Bisher werden Volksbegehren, die den Staatshaushalt verändern, nicht zugelassen. Diese Ausschlußregel, an der zuletzt Ende 1994 die Initiativen „Bessere Schulen“ und „Keine Klasse über 30“ scheiterten, soll aufgehoben werden. Es ist außerdem vorgesehen, daß, wie in Schleswig-Holstein oder Brandenburg, nur fünf statt zehn Prozent der Stimmberechtigten ein Volksbegehren unterschreiben müssen, damit es zu einer Abstimmung kommt.

- Ziel des Volksbegehrens „Unabhängige Richterinnen und Richter in Bayern“ ist die Verringerung des Einflusses der Regierungspartei auf die Justiz. Die CSU soll die bayerischen Verfassungsrichter nicht mehr allein bestimmen, da sie von diesen eigentlich kontrolliert werden sollte. Statt der einfachen Mehrheit des Landtags wird für die Wahl der Mitglieder des obersten Gerichts die Zwei-Drittel-Mehrheit gefordert, wie es auf Bundesebene und in anderen Bundesländern der Fall ist.

Info: Tel./Fax: 08233/849984. Mehr Demokratie e.V

Neuer Kreditfonds soll Grether Ost aus der Klemme helfen

Welcome to the Peanuts Company!

FREIBURG. Mit der Gründung eines Direktkreditfonds will Grether Ost den Kopf aus der Schlinge ziehen, die die Berliner Bankenaufsicht gelegt hat. Der Fonds mit dem Namen "Peanuts Company" soll viele Privatarlehen gebündelt als einzelnen Direktkredit an die Grether Ost GmbH weiterleiten. Voraussetzung ist, daß die GeldgeberInnen mit einem Geschäftsanteil über 100 Mark GesellschafterInnen des Fonds werden, die an Gewinn und Verlust beteiligt sind. Ihre Darlehen gelten in diesem Fall nicht mehr als „Einlagen“, sondern als „eigene Gelder“.

Genau das hatte das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen dem selbstorganierten Wohn- und Bauprojekt nämlich vorgeworfen: das Betreiben eines bankähnlichen „Einlagengeschäftes“. Zulässig wäre das Geldsammeln deshalb nur gewesen, wenn Grether Ost „bankübliche Sicherheiten“ geboten hätte. Weil die jedoch fehlten, hatte das Amt am 1. Juni die weitere Annahme von Privatkrediten untersagt. (...)

Ohne die Finanzierung durch Direktkredite wird die Blockade des Projekts zu einer Auflösung des Betriebes führen. Die Bankenaufsicht hätte ihr Ziel erreicht: Zerschlagung und Abwicklung des Betriebs der Grether Ost GmbH. „Der neue Direktkreditfonds ist wasserdicht und entspricht den Gesetzesvorschriften“, meint die Initiative, denn eine „Hereinnahme von fremden Geldern“ finde nun nicht mehr statt. Außerdem ist der Fonds eine Finanzierungsform, die im alternativen und ökologischen Wirtschaftssektor immer häufiger praktiziert wird. So haben auch die Schönauer im Schwarzwald den Kauf ihres Stromnetzes über einen Fonds finanziert.

Ob der neue Finanzträger den Segen der Berliner Bankaufsicht erhält, wird zur Stunde geprüft. Da müsse man zunächst einmal die Verträge studieren, sagte die Pressesprecherin auf Nachfrage. Unklar ist ebenfalls, was mit den bereits eingezahlten drei Millionen Mark Direktkrediten geschehen soll. Grether Ost hatte der Behörde vorgeschlagen, die Verträge so abzuändern, daß die gesetzliche Definition eines Einlagengeschäftes umgangen wird. Ob die Behörde dies akzeptiert, bleibt abzuwarten.

Grether Ost braucht jetzt dringend neue KreditgeberInnen, um den Ausbau der Kindertagesstätte und der Gießereihalle zügig fortsetzen zu können. (s.a. PB Nr. 15/1999) (Martin Höxtermann)

Nähere Informationen gibt es unter:
Grether Ost, Adlerstr. 12
79098 Freiburg
Tel: 0761-2 48 87 / Fax: 2 24 07
E-mail: gretherost@syndikat.org



Rekrutengelöbnis am 20. Juli

Nachhaltiger Protest

Senat haut drauf: 42 Verhaftungen, 2 Haftbefehle, 20 Ermittlungsverfahren, Hausdurchsuchungen. Trotz des Einsatzes von 1.500 Polizisten und Feldjägern (die Kosten des Polizeieinsatzes betrugen nach Angaben der GdP allein 400.000 DM) gelang es Bundeswehrgegnern, das Rekrutengelöbnis am 20. Juli im Berliner Bendler-Block nachhaltig zu stören. Erstmals in der Geschichte der Bundeswehr demonstrierten Gelöbnisgegner dabei sogar auf dem Appellplatz selbst. 25 Demonstranten protestierten wirkungsvoll im innersten „Sperrbereich“ gegen das militaristische Gelöbnis.

Währenddessen demonstrierten etwa 1.000 Menschen außerhalb des Sperrbereiches so lautstark, daß auch dieser Protest auf dem Appellplatz und von den Medien deutlich wahrgenommen wurde. In der Demonstration waren Fahnen von PDS, Jusos, DKP, IG Medien; IG Metall deutlich sichtbar. Auf der Kundgebung sprachen u.a. Wolfgang Gehrke von der PDS und Jutta Dittfurth (Ökologische Linke), die sich kritisch mit dem „Widerstand des 20. Juli 1994“ auseinandersetzte. Sie wies darauf hin, daß es Ziel dieser großbürgerlich-militärischen Kreise gewesen sei, durch einen Waffenstillstand mit den Westalliierten die Niederlage gegen die Sowjetunion zu verhindern. Der Kabarettist Dr. Seltsam verlas die Rede von Jürgen Trittin vom Sommer 1998, die dieser auf der damaligen Kundgebung gegen das Rekrutengelöbnis vor dem Roten Rathaus gehalten hatte.

Die Polizei hatte von Beginn der Demonstration an versucht, durch Festnahmen (selbst der Demonstrationsleiter wurde vorübergehend festgenommen) und durch Angriffe auf den Lautsprecherwagen die erfolgreiche Demonstration zu verhindern. Dies gelang ihr nicht. Erst zum Ende der Kundgebung konnte die Polizei den Lautsprecherwagen „lahm“ legen. Bei diesem Polizeieinsatz gab es dann eine Reihe von weiteren Fest-

nahmen und Verletzten.

Es wurde ein Ermittlungsausschuß gebildet, um der zu erwartende strafrechtliche Verfolgung zu begegnen.

Diese Verfolgung ist hart: Insgesamt 42 Personen wurden nach Justizangaben während der Proteste gegen das Gelöbnis verhaftet, gegen 20 von ihnen wurden Ermittlungsverfahren eröffnet, zum Teil wegen „schwere Landfriedensbruchs“, Widerstand usw., worauf im Extremfall lange Haftstrafen stehen. Gegen zwei Personen, eine Französin und einen Berliner Studenten, wurde sogar sofort Haftbefehl erlassen, der nur gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt wurde.

Fast eine Woche nach der Aktion durchsuchten dann starke Polizeikräfte die Räume mehrerer Beschuldigter (in der Presse ist von mindestens 6 durchsuchten Wohnungen die Rede) sowie die Büroräume der Jungdemokraten/Junge Linke in der Rosa-Luxemburg-Straße, die zu dem Organisationskreis der Protestaktionen gehörten. Vorwand: Verdacht auf „Urkundenfälschung“ und „gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch“. Bei den Jungdemokraten/Junge Linke wurden drei Computer mit der gesamten Mitgliederdatei der Organisation, ein Drucker, Abfall aus Schreddern sowie zwei Schirme beschlagnahmt. Sprecher von Grünen und PDS kritisierten die Durchsuchungen als „völlig überdimensioniert“ (Wolfgang Wieland, Grüne) bzw. als gezielten Einschüchterungsversuch (so die innenpolitische PDS-Sprecherin im Abgeordnetenhaus, Marion Seelig). (kla, rül)



BDA: „Verbandsklage verfassungswidrig.“ HB, Dienstag, 20.7.1999. – Laut Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) haben Gewerkschaften ein Klagerecht gegen betriebliche Regelungen unter Tarifnorm. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vertritt, diese Entscheidung mache beschäftigungssichernde Bündnisse in den Betrieben fast unmöglich. BDA-Geschäftsführer R. Göhner erwägt eine Klage gegen das Urteil.

Gesamtmetall greift Lohnkonzept der IG Metall an. HB, Mittwoch, 21.7.99. – Nach Ansicht der Arbeitgeber ist das nachfrageorientierte Lohnkonzept der IG Metall widerlegt. Ohne die starken Kostensteigerungen durch den hohen Lohnabschluß hätten ihrer Ansicht nach die Unternehmen die Flaute (nicht 5,5% wie von IG Metall vorausgesetzt, sondern nur 0,3 % Produktivitätszuwachs der Branche in den ersten 4 Monaten 1999) besser verkraftet und die Branche würde sich schneller von der Konjunkturdelle erholen. Letztlich sei die Konjunkturanalyse der IG Metall eine Bankrotterklärung ihrer eigenen Tarifpolitik.

Bau-Mindestlohn per Verordnung wird von BDA stark angegriffen. HB, Dienstag, 27.7.1999. – Der Konflikt um die Mindestlöhne hat sich in diesem Jahr verschärft, weil der Bundesarbeitsminister die Allgemeinverbindlichkeit der tariflichen Vereinbarungen nicht mehr wie bislang von der Zustimmung des paritätisch mit Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern besetzten Tarifausschusses abhängig machen muß. Der neue Verordnungsweg ist nach dem novellierten Entsendegesetz möglich. Die BDA hat sich schon vorab darauf festgelegt, sie werde dem von den Bau-Tarifparteien im April vereinbarten Mindestlohn ihre Zustimmung im Tarifausschuß verweigern. Abgesehen von der Verfahrensfrage und der Gefahr einer präjudizierenden Wirkung für andere Branchen hält die BDA im Gegensatz zu den Bauverbänden auch die künftige Höhe der Mindestlöhne auf deutschen Baustellen für „nicht mehr marktgerecht“. Das untere Lohnlimit soll von 16 auf 18,50 DM (West) und von 15,14 auf 16,28 DM (Ost) angehoben werden.

Tarifbindung bei Metall weiter gesunken. HB, Freitag/Samstag, 30. / 31. 7. 99. – In Westdeutschland sank der Anteil der in tarifgebundenen Betrieben Arbeitenden 1998 auf 64,78%, im Osten auf 32,2%. Auch Arbeitgeberpräsident D. Hundt warnte davor, Tarifverträge durch betriebliche Regelungen auszuhebeln.

Presseauswertung: rst

Kita-Streik abgewendet

Zum 31. März d.J. kündigte die Stadt Potsdam den Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für die Erzieherinnen aus dem Jahr 1995. Er beinhaltete die 32-Stundenwoche – ohne Lohnausgleich – und sicherte im Gegenzug die Arbeitsplätze in den Kitas. Damit wäre zwar auf der einen Seite wieder die 40-Stunden-Woche und somit volles Einkommen fällig, auf der anderen Seite hätte das aber auch geheißen, daß zu diesem Zeitpunkt der tarifliche Kündigungsschutz entfällt und rund 170 von 600 Erzieherinnen die Entlassung drohte.

Nach einem mehrstündigen Warnstreik am 29.4.99 (s. Bild) und angedrohtem Erzwingungsstreik konnte nach mehreren Verhandlungsrunden ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden, der zum 1. Juni in Kraft trat und vorerst bis Ende Februar 2000 reicht. Er sieht erneut



die Reduzierung der Arbeitszeit auf 32 Stunden/Woche vor. Ab März 2000 soll die Arbeitszeit auf 30 Stunden/Woche gesenkt werden, um den zurückgehenden Personalbedarf (durch den Geburtenrückgang bedingt) auszugleichen.

Besonders hervorzuheben ist die Vereinbarung, daß eine Überleitung städtischer Kitas in die Hand von freien Trägern nur dann erfolgen darf, wenn diese Tarifverträge anwenden und sich verpflichten, den Erzieherinnen eine Altersvorsorge zu gewähren, die derjenigen im öffentlichen Dienst entspricht. (har)

Quelle: Brandenburg Report Nr. 2/Juli 1999

Abschluß Einzelhandel Bayern – HBV: Billiglohnforderung gescheitert

Den Tarifabschluß am 23. Juli für den bayerischen Einzelhandel hat Franziska Wiethold, im Vorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für die Branche zuständig, vor allem auf die „enorme Streikbereitschaft der Beschäftigten“ zurückgeführt. Seit Mai haben bundesweit über 30.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus über 550 Filialen und Betrieben an den Arbeitskämpfen teilgenommen, allein in Bayern wurde an 100 Tagen gestreikt. Das breite Engagement der Belegschaften habe sich jetzt ausgezahlt: Die Arbeitgeber seien mit ihrer Forderung nach Einführung neuer Billiglohngruppen in Bayern „klar und eindeutig gescheitert“, unterstrich Wiethold. Damit hätten die Gewerkschaften HBV und DAG gemeinsam mit den Beschäftigten eines der Hauptziele der diesjährigen Tarifrunde für diesen Tarifbezirk durchgesetzt. Die Ge-

werkschafterin zeigte sich zuversichtlich, daß der bayerische Abschluß auch in anderen Tarifbezirken „zu mehr Bewegung in den verfahrenen Verhandlungen“ führen werde. Bis zum heutigen Tag hatten die Arbeitgeber bundesweit einen Tarifabschluß an die Einführung neuer Niedriglohngruppen gekoppelt und damit rasche Tarifabschlüsse verhindert.

Auch die Lohn- und Gehaltssteigerung könne sich sehen lassen, so Wiethold weiter: Die Pläne der Arbeitgeber, ihre Belegschaften von der allgemeinen Entgeltentwicklung abzukoppeln, seien verhindert worden. Die 400.000 Beschäftigten des bayerischen Einzelhandels erhalten ab dem 1. August 1999 drei Prozent mehr Geld, für die Monate Mai bis Juli gibt es eine Einmalzahlung von 150 Mark. Dies bedeutet eine deutliche Reallohnsteigerung. Der Tarifvertrag läuft bis zum 30. April 2000. Damit liege der Abschluß auf der Linie der Lohn- und Gehaltsentwicklung anderer Branchen, erklärte die Gewerkschafterin. HV der hbv

Aktionstag gegen Lohndumping und Tariffucht

Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung versammelten sich Anfang Juli zahlreiche Beschäftigte aus Berliner und Brandenburger Speditionsbetrieben. Sie folgten einem gemeinsamen Aufruf von ÖTV und DAG. Hintergrund dieser Aktion und Ziel des Protestes sind das provozierende Lohnangebot der Arbeitgeber von 1,2 % sowie die Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes VSB, durch ei-

ne Satzungsänderung seinen Mitgliedsfirmen die legale Tariffucht zu ermöglichen. Die Teilnehmer an der Veranstaltung äußerten ihre Entschlossenheit, dieser Entwicklung mit allen Mitteln entgegenzutreten und forderten die Arbeitgeber zugleich auf, endlich ein verhandlungsfähiges Lohnangebot vorzulegen. Angesichts der schwierigen Arbeits- und Organisationsbedingungen im Speditionsgewerbe war diese Veranstaltung ein Erfolg.

Quelle: ötv-dialog 7-8/99

NGG protestiert vor McDonald's

Bis zum 6. August führte die NGG vor Filialen von McDonald's Protestaktionen gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen der 51.000 Beschäftigten und gegen die Niedriglohnpolitik des Konzerns durch. Die Brutto-Stundenlöhne der Beschäftigten betragen zwischen 10,54 und 13,48 DM – rund ein Drittel wird unter Tariflohn bezahlt. Selbst nach zehnjähriger Beschäftigung kommen auch Vollzeitbeschäftigte nicht über einen Bruttolohn von 2.332 DM monatlich hinaus. In nur 50 der 1.000 Filialen existiert ein Betriebsrat. „McDonald's geht generalstabsmäßig gegen Arbeitnehmer, insbesondere gegen Betriebsräte vor, die Arbeitnehmerrechte vertreten“, heißt es in einem Flugblatt der NGG, die 30 bekannt gewordene Fälle von Rechtsverstößen wie Wahlbeeinflussung und Behinderung von Betriebsratsarbeit dokumentiert hat. Betriebsratsmitgliedern werde mit fadenscheinigen Begründungen gekündigt. Die durch die Aktion erreichten Gäste werden aufgefordert, eine Postkarte an den Gastronomie-Konzern zu schicken: „Ich fordere Sie auf, für vernünftige Arbeitsbedingungen zu sorgen.“

Haustarifvertrag beim UKB Marzahn

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich am 21.7. auf einen Haustarifvertrag für die Beschäftigten des Unfallkrankenhauses Berlin-Marzahn (UKB) verständigt, der insbesondere Fragen zur Arbeitszeit neu regelt. Der Vertrag sieht die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes sowie die Einführung von Zeiterfassungsgeräten für alle Mitarbeiter vor. Zudem werden Arbeitszeitkonten eingerichtet, über deren Guthaben die Mitarbeiter im Rahmen der dienstlichen Belange verfügen können. Die Gewerkschaften ÖTV Berlin, DAG und Marburger Bund (mb) bezeichneten den Abschluß als einen Erfolg, da der Vertrag den besonderen Belangen des Krankenhauses gerecht wird. „Arbeitszeit und Überstunden sind erstmals auf durchschnittlich 8 Stunden täglich begrenzt. Dies dient der Gesundheit der Beschäftigten und der Patienten“, sagte Ernst-Otto Kock, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV Berlin. Die Mehrarbeit wird wahlweise durch Geld oder Freizeit abgegolten.

Nach der Einigung über die Arbeitszeit beginnen in Berlin-Marzahn jetzt die Verhandlungen über einen Vergütungstarifvertrag. Bislang wird dort nach BAT-Ost bezahlt. Erst wenn beide Vertragsteile unterzeichnet sind, tritt der Haustarifvertrag in Kraft.

Das Unfallkrankenhaus Berlin-Marzahn ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung mit integrierter berufsgenossenschaftlicher Unfallklinik. Die Einrichtung hat 468 Planbetten in 11 Kliniken und 2 Fachabteilungen und beschäftigt rund 900 Mitarbeiter.

Quelle: Presseerklärung der ÖTV Berlin v. 21.7.99

Ein Strategiepapier der Gewerkschaft hbv

Mehr Beschäftigung durch Lohnkostensubventionierung im Niedriglohnsektor?

Diese Diskussion ist wichtig. Wer sich fragt, wie die Regierungsparteien lohnabhängige Schichten binden wollen, stößt auf derartige Konzepte. Entzug sozialer Leistungen, verkoppelt mit Maßnahmen zur Verbilligung der Lohnarbeit für kapitalistische Anwender. Die hbv kommt zu dem Schluß: Die Folge wäre staatlich subventioniertes Tarifiedumping.

(maf)

Grundannahmen des Konzeptes der Subventionierung von Niedriglöhnen

In der Diskussion sind unterschiedliche Modelle der Subventionierung von Niedriglöhnen, darunter sowohl Modelle

- einer einseitigen Subventionierung der Arbeitgeber,
- der beidseitigen Subventionierung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer als auch
- der einseitigen Subventionierung der Arbeitnehmer.

Subventionierung von Niedriglöhnen meint hier immer Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge. Die Bandbreite, in der diese Subventionen greifen sollen, stellt sich wie folgt dar:

a) Bruttoentgelte ab 630 DM bis 1.550 DM (Ledige) bzw. bis 3.100 DM (Verheiratete) nach dem sog. Mainzer Modell

b) Subventionierung von Teilzeit mit Bruttoentgelten von 620 DM bis 1.330 DM (Grüne-Bundestagsfraktion)

c) Bruttoentgelte von 1500 bis zu 2.500/3.000 DM (Scharpf, Streek) bzw. orientiert an Stundenlöhnen von bis zu 18 DM. Dies wären übertragen auf den Einzelhandel ein monatliches Bruttoentgelt von 2.934 DM.

Subventioniert werden sollen einfache oder gering qualifizierte Tätigkeiten bzw. Tätigkeiten, die einer Produktivitätsentwicklung angeblich nicht zugänglich sind – etwa in Bereichen lokaler und kundenorientierter Dienstleistungen. Gleichzeitig soll damit die sog. Dienstleistungslücke in der Bundesrepublik geschlossen werden.

Die damit intendierten beschäftigungspolitischen Wirkungen basieren auf folgenden Überlegungen: Investitionen in den dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Branchen mit hoher Produktivität bringen kaum Beschäftigungszuwachs; hohe Produktivität wird jedoch wegen der Weltmarktkonkurrenz

für notwendig gehalten. Daher bleibt nur der binnenmarktorientierte Dienstleistungsbereich mit geringem Produktivitätsniveau als Erschließungsfeld für zusätzliche Beschäftigung. In den USA erfolgte der Beschäftigungszuwachs im wesentlichen in den Bereichen binnenabsatzorientierter Dienstleistungen. Hier sieht man auch für die Bundesrepublik erhebliche Beschäftigungspotentiale. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) spricht von 3,5 Mio. Arbeitsplätzen. Diese Zahl wird mittlerweile auch von Kanzleramtsminister Bodo Hombach genannt. Im Rahmen der Begründung des Kombilohnkonzeptes der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hatte das IW noch von 4,7 Mio. Arbeitsplätzen gesprochen.



<http://www.hbv.org>

Welche Bereiche und Tätigkeiten konkret betroffen sein sollen, darüber gehen die Vorstellungen der Befürworter dieser Lohnkostensubventionierung zum Teil auseinander. Ein Papier des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung geht von folgenden Bereichen aus: Pflege, Ausbildung, Gesundheit, Einzelhandel, Reparaturdienste und personenbezogene Dienstleistungen insbes. Freizeit sowie Teile der öffentlichen Verwaltung, während andere insbesondere den Handel, das Gastgewerbe und haushaltsbezogene Dienstleistungen und den Freizeitbereich, aber auch das Sicherheitsgewerbe im Auge haben. ➔

Prinzipiell zielen die Subventionsüberlegungen auf alle Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich – also auch auf kundenorientierte handwerkliche Dienstleistungen. Entscheidend ist das Entgeltniveau. Nach Streek und Scharpf ist eine gezielte Subventionierung bestimmter Problemgruppen des Arbeitsmarkts oder bestimmter Tätigkeits- und Berufsgruppen ausdrücklich unerwünscht.

Die Strategie der Subventionierung von Niedriglöhnen geht von der These aus, daß

a) Arbeitsplätze in diesen Bereichen ursächlich deshalb nicht entstehen können – also nicht angeboten werden –, weil die zu zahlenden Entgelte gemessen an der Produktivität wegen der Mindestlöhne zu hoch seien, diese Bereiche zudem überreguliert seien und

b) durch die hohe Abgabenbelastung und durch mangelnde Anreize zur Arbeitsaufnahme für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger (wg. der Anrechnungsregelungen) nicht attraktiv seien, also auch nicht nachgefragt werden.

Kritik des Konzeptes

Die arbeitsmarkt-, wirtschafts- und verteilungspolitischen Grundannahmen dieser Lohnkostensubventionierung folgen denen, die auch dem Kombilohnkonzept der BDA zugrunde liegen. Allerdings werden – im Unterschied zum Kombilohnkonzept der BDA – direkte Eingriffe ins Tariffsystem sowie die Absenkung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Absenkung der Sozialhilfesätze vermieden. Allerdings findet seit langem eine flankierende Diskussion über die „Verschärfung der Anreize zur Aufnahme von Beschäftigung bei Arbeitslosen“ statt, die nicht ohne Auswirkungen auch auf die politischen Positionen innerhalb von SPD, Grünen und in den Gewerkschaften bleibt.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen lehnt eine Ausweitung des Niedriglohnsektors durch Lohnsubventionen ab. Zentrale Annahmen, auf denen das Konzept beruht, halten wir für falsch. Ursache der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist die anhaltende ökonomische und strukturelle Krise – und nicht ein mangelhaft entwickeltes Anreizsystem oder eine zu geringe Lohnspreizung.

Wir halten die zentralen Annahmen der Konzepte zur Ausweitung des Niedriglohnsektors durch Lohnsubventionen für falsch.

1.) Die Massenarbeitslosigkeit ist nicht im mangelhaft entwickelten Willen der Arbeitslosen, sich einen Arbeitsplatz zu suchen, sondern in der desolaten Arbeitsmarktlage als Folge der ökonomischen und strukturellen Krise begründet.

2.) Die schlechten Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt sind nach unserer Überzeugung Folge der allgemeinen Arbeitsmarktlage. Hier kommt es zu Verdrängungseffekten von Geringqualifizierten durch besser Qualifizierte, die mangels Angebot adäquater Arbeitsplätze gezwungen sind, auch Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen zu besetzen. Notwendig sind mehr qualifizierte Arbeitsplätze auch im Dienstleistungsbereich. Damit werden auch wieder Arbeitsplätze für geringer Qualifizierte frei. Notwendig ist eine qualitative Dienstleistungsorientierung und keine Billigjob-Initiative.

3.) Die Behauptung, es fände im Dienstleistungssektor kein Produktivitätswettbewerb statt und diese Branchen wären von geringerer Wettbewerbsintensität, nimmt die realen technologischen, organisatorischen und ökonomischen Prozesse in diesen Branchen nicht zur Kenntnis. Sowohl im Einzelhandel als auch im Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch im Bereich der Freizeitindustrie findet ein massiver Verdrängungswettbewerb über Kosten und Preise statt. Preisaggressive Vertriebsformen erlangen durch die knappen Kassen der VerbraucherInnen ständig neue Marktanteile. Diese Vertriebsformen erhöhen insgesamt den Rationalisierungsdruck in der Branche und schaffen Niedriglohnarbeitsplätze.

4.) Die vom Institut der Deutschen Wirtschaft, aber auch von einzelnen Politikern der Koalition versprochenen Beschäftigungseffekte halten einer seriösen Prüfung nicht stand. Die Niedriglohn-päpste Scharpf und Streek halten sich übrigens auch in bezug auf eine Beschäftigungsprognose sehr zurück. Scharpf spricht z.B. nur davon, daß die „Veränderungen der Anreizstrukturen in die richtige, beschäftigungsfördernde Richtung gehen“.

Bislang vorliegende unabhängige Studien über die Beschäftigungswirkung derartiger Subventionen verneinen spürbare Beschäftigungseffekte: Eine neuere ökonometrische Simulationsrechnung des ZEW Mannheim (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen, Mannheim 1998) kommt im Rahmen eines bisher unveröffentlichten Forschungsprojektes zum Ergebnis, daß bei einer Lohnsubvention bis zu einem Stundenentgelt von 17 DM (ähnliches Modell wie von Scharpf und Streek vorgeschla-

gen, d.h. nach oben degressiv gestaffelt) ein Beschäftigungseffekt von zwischen 75.000 und 100.000 Arbeitsplätzen entstehen würde. Gleichzeitig konstatieren die Forscher erhebliche Mitnahme- und Verdrängungseffekte.

Durch Lohnsubventionen ist keine Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in einer spürbaren Größenordnung zu erwarten.

Kritische Argumente auf der Grundlage der besonderen Erfahrungen im privaten Dienstleistungssektor

Wir können belegen, daß durch eine allgemeine und dauerhafte Subventionierung von Lohnkosten der Arbeitgeber (Sozialversicherungsbeiträge) im sog. Niedriglohnbereich keine zusätzlichen Arbeitsplätze in einem Umfang entstehen werden, der einen substantiellen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit darstellt.

Die Entwicklung der Arbeitsplätze und der Beschäftigtenstruktur im Einzelhandel sind dafür ein eindeutiges Beispiel. Der Einzelhandel weist im Vergleich mit anderen Branchen bereits ein niedriges Entgeltniveau auf. Gleichzeitig ist der Anteil von geringfügig Beschäftigten in den letzten Jahren massiv angestiegen. Die Ausweitung dieser bereits lohnkostensubventionierten Jobs hat allerdings nicht zu mehr Arbeitsplätzen im Einzelhandel geführt. Im Gegenteil: Es fand eine massive Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitstellen durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse statt. Dies zeigen die folgenden Zahlen:

Die Beschäftigung im Einzelhandel ist seit 1994 rückläufig. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten ging bis 1998 um 222.000 zurück; die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten stieg hingegen um 133.000. Das Ausmaß der negativen Beschäftigungsentwicklung wird aber erst dann deutlich, wenn man die Entwicklung des Arbeitszeitvolumens betrachtet. Das Arbeitszeitvolumen ist in der Zeit von 1994 bis 1998 um 418 Mio. Stunden gesunken. Dies entspricht einem Arbeitsplatzabbau von 250.000 Arbeitsplätzen. Nahezu jedes vierte Beschäftigungsverhältnis im Einzelhandel lag 1998 unter der Geringfügigkeitsgrenze.

Die Folge der Subventionierung von Niedriglöhnen wird sein, daß „billigere“ Arbeitsplätze „teurere“ Arbeitsplätze verdrängen.

Daten zur Beschäftigung und zum Arbeitszeitvolumen

Jahr	Beschäftigte gesamt		davon Vollzeit		davon Teilzeit		Dar. geringf. Beschäftigte		Arbeitszeitvolumen	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Mio Std.	in %
1994	2.957	100,0	1.656	100,0	1.301	100,0	400	100,0	3.903	100,0
1998	2.869	97,0	1.434	86,6	1.434	110,2	700	175,0	3.486	89,3



Massive Mitnahme- und Verdrängungseffekte werden zu einer Ersetzung bestehender Arbeitsplätze und zu einer Absenkung des Entgeltneueaus führen.

Der Einzelhandel in Deutschland ist durch erhebliche Überkapazitäten in Höhe von rd. 10 Mio. qm Verkaufsfläche gekennzeichnet. Trotzdem hält die Flächenexpansion weiter an. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels schätzt, daß die Verkaufsfläche jedes Zahl um 2,6 % wachsen wird. Durch die gleichzeitig sinkende Beschäftigung wird Personal immer mehr durch Fläche ersetzt.

Im Einzelhandel findet seit Jahren ein erheblicher Verdrängungswettbewerb statt, in dem die Betriebsformen mit niedrigeren Personalkosten und einer aggressiven Niedrigpreisstrategie die Betriebsformen mit höherem Personaleinsatz und besserer Personalstruktur vom Markt verdrängen. Dies geschieht auf dem Hintergrund allgemein sinkender Umsätze aufgrund fehlender Binnen-nachfrage. Dieser ruinöse Wettbewerb wird auf Kosten der Beschäftigten und des kleinen und mittelständischen Einzelhandels ausgetragen.

Die Folgen sind, daß sich die Renditen im Einzelhandel im europäischen Vergleich auf einen niedrigen Niveau bewegen: Aufgrund einer restriktiven Flächenansiedlungspolitik werden im Einzelhandel Großbritanniens 4 bis 6 % und in Frankreich 3 bis 4 %, in Deutschland jedoch nur 1 bis 1,5 % Umsatzen-dite erzielt. Die Reduzierung der Personalkosten durch den Wechsel von „teuren“ zu billigeren Arbeitskräften finanziert den Preiskrieg der Großunternehmen. Selbst Arbeitgeber im Einzelhandel betonen mittlerweile, daß die geringen Margen die Gestaltungsräume für eine leistungsgerechtere Bezahlung der Beschäftigten in der Branche stark be-schänken.

Welches Interesse sollten also Unter-nehmen im Einzelhandel haben, bei einer Senkung ihrer Lohnkosten (durch eine Subventionierung der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) mehr Arbeits-plätze zu schaffen, wenn sie die Subven-tion auch in eine neue Runde des Nied-rigpreiswettbewerbes stecken könnten?

Betroffene Tarifgruppen im Einzelhandel			
Tarifgruppen/ Angestellte	Berufsjahr/ Tätigkeitsjahre	Niedrigstes Entgelt i. d. Tarifgebieten Bruttomonatsentgelt (Std. Entgelt)	Höchstes Entgelt in den Tarifgebieten Bruttomonatsentgelt (Std. Entgelt)
Ungelernte Angestellte (West)	1. Tätigkeitsj.	1.788 DM (10,97DM)	2.294 DM (14,07DM)
	4.	2.171 DM (13,32DM)	2.5.64 DM (15,73 DM)
Ungelernte Angestellte (Ost)	5.	1.950 DM (11,82DM)	2.267 DM (13,74 DM)
VerkäuferInnen/ KassiererInnen (West)	1. Berufsjahr	2.293 DM (14,07DM)	2.505 DM (15,37 DM)
Ersteingruppierung nach 2jähriger Ausbildung (West)	2. Berufsjahr	2.293 DM (14,07DM)	2.505 DM (15,37 DM)
Ersteingruppierung nach 3jähriger Ausbildung (West)	3. Berufsjahr	2.512 DM (15,41DM)	2.768 DM (16,98 DM)
VerkäuferInnen/KassiererInnen (Ost)	4. BJ	2.550 DM (15,45DM)	2.643 DM (16,02 DM)
2jährige Ausbildung			
nach 3jähriger Ausbildung	5. BJ	2.661 DM (16,13DM)	2.986 DM (18,10 DM)
	6. BJ	2.714 DM (16,45DM)	2900 DM (17,58 DM)
Betroffene Tarifgruppen im Großhandel			
Tarifgruppen		Niedrigstes Entgelt in den Tarifgebieten Bruttomonatsentgelt -Std. Entgelt)	Höchstes Entgelt in den Tarifgebieten Bruttomonatsentgelt (Std.-Entgelt)
Angestellte			
Angestellte ohne Ausbildung (West)		2.033 DM (12,17 DM)	2.927 DM (17,53 DM)
Angestellte mit Zweckausbildung (West)		2.203 DM (13,19 DM)	3.251 DM (19,47 DM)
Angestellte mit Berufsausbildung (West)		2.328 DM (14,00 DM)	3.375 DM (20,21 DM)
Angestellte ohne Ausbildung (Ost)		1.957 DM (11,31 DM)	2.739 DM (15,83 DM)
Angestellte mit Zweckausbildung (Ost)		2.095 DM (12,11 DM)	2.912 DM (16,83 DM)
Angestellte mit Berufsausbildung (Ost)		2.213 DM (12,79 DM)	3.094 DM (17,88 DM)
Gewerbliche			
Tätigkeiten einfacher Art, ohne vorherige Kenntnisse nach Anweisung, Lohngruppe 1 (West), z.B. Verpacker-, Wächter-, HelferInnen, Boten/Botinnen		2.149 DM (12,87 DM)	2.597,60 (15,55 DM)
Tätigkeiten einfacher Art nach kurzer Einarbeitung, Lohngruppe 2 (West) z.B. Lagerarbeiter-, Kommissionierer-, Pförtner-, RaumpflegerInnen		2.300 DM (13,77 DM)	2.774 DM (16,61 DM)
Arbeiten einfacher Art ohne Vorkenntnisse, Lohngruppe 1 (Ost) Lagerhilfen, Küchenhilfen		2.236 DM (12,92 DM)	2.605 DM (15,06 DM)



Subventioniert würden z.B. im Einzelhandel die Großunternehmen, die bereits heute über Niedriglöhne und aggressive Preiskonkurrenz den Abbau von Arbeitsplätzen vorantreiben.

Es ist nach unserer Überzeugung nicht zu erwarten, daß die strategische Grundausrichtung der Unternehmen auf das Discountprinzip und auf die Ersetzung von Personal durch Fläche durch die Subventionierung der Lohnkosten umgekehrt würde. Die spezifische Produktivitätsentwicklung im Einzelhandel besteht ja gerade in der oben skizzierten Entwicklung. Angesichts der Überkapazitäten im Einzelhandel, mangelhafter Binnennachfrage und der Focussierung des Wettbewerbs auf den Preiswettbewerb wären mit einer Ausweitung von Beschäftigung für die Unternehmen nicht die Vorteile verbunden, die sie durch eine andere Mittelverwendung erzielen könnten.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Unternehmen – z.B. bei sog. Service-Anbietern für Auffüll Tätigkeiten oder auch Kassiertätigkeiten – würde es durch den subventionierten Niedriglohn zur Verdrängung dieser Tätigkeiten in den Einzelhandelsunternehmen kommen – hier würden ebenfalls keine neuen Jobs entstehen, sondern lediglich billigere Arbeitsplätze teurere verdrängen.

Da diese Unternehmen nicht unter den Geltungsbereich von Tarifverträgen fallen und sie daher geringere Bruttoentgelte als im Einzelhandel zahlen, würde eine Lohnsubventionierung letztlich zu einem staatlich subventionierten Lohn-dumping führen. Damit würde man letztlich einen Fahrstuhl nach unten in Bewegung setzen, der zu einer Erosion der noch tarifvertraglich gesicherten Arbeitsplätze führt.

Folgen für das Tarifsysteem/Tarifgefüge

Zwar würden durch die Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge bestehende Tarifstrukturen und das bestehende Tarifgefüge nicht direkt tangiert; die indirekten Auswirkungen sind jedoch klar absehbar und bei einer allgemeinen Subventionierung auch nicht auszuschließen: Für die subventionierten Entgeltgruppen würde die Tarifpolitik

ausgehebelt, da es kaum als akzeptabel angesehen würde, daß in einem Bereich, in dem Lohnsubventionen gezahlt werden, tarifliche Entwicklungen stattfinden. Damit würden die dort Beschäftigten von der allgemeinen gesellschaftlichen Einkommensentwicklung abgekoppelt

Negative Auswirkungen auf das gesamte Tarifgefüge können aufgrund der entstehenden Sogwirkung nicht ausgeschlossen werden.

Für uns ist klar, daß die Subventionen dazu genutzt werden, die Bruttoentgelte abzusinken. Beide Effekte blieben nicht ohne Sogwirkung auf die Entgeltgruppen, für die keine Lohnsubventionen gezahlt würden. Die anvisierten Subventionsgrenzen würden mitten durch die, nach Alter- und Berufsjahren differenzierten Tarifgruppen schneiden. Damit ergäben sich durch einen Sprung in den Berufsjahren und abgestuften Subventionen deutliche Reduzierungen der Nettoeinkommen auf seiten der Beschäftigten bzw. Fortfall von Lohnkostensenkungen für die Arbeitgeberseite. Auch dies würde mittelfristig nicht ohne Auswirkungen auf die vorhandenen Tarifstrukturen bleiben.

In einem Papier des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung wird das Ziel der Absenkung der Bruttoentgelte auch in dankenswerter Offenheit dargelegt.

„Die Subventionierung soll keine reinen Einkommenseffekte hervorrufen (bei einer Subventionierung des Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteils der Sozialversicherungsbeiträge, der Verf.). Sie sollen die Angebotspreise für Güter und Leistungen senken, um die Absatzmengen und die Beschäftigung auszuweiten. Dies erfordert Senkung der Bruttolöhne. Die Absenkung der Sozialabgaben würde Bruttolöhne und Einkommen entkoppeln.“

Ein Beispiel:

Wenn man den Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen mit rd. 20 % des Bruttoentgeltes ansetzt (20,8 % je nach Krankenkasse), würden

bei einem Monatsentgelt von rd. 2.000 DM (Stundensatz v. 12,27 DM) jeweils 400 DM an Beiträgen anfallen. Bei einer Nichtberücksichtigung der Lohnsteuer blieben damit 1.600 DM netto.

Bei einer Absenkung des Bruttoentgeltes um 200 DM auf 1.800 DM würden noch 360 DM Sozialversicherungsbeiträge für den Arbeitnehmer anfallen. Eine volle Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge würde dazu führen, daß der Arbeitnehmer trotz Absenkung seines Bruttoentgeltes netto 200 DM mehr hätte als vorher.

Für die Arbeitgeberseite bedeutet dies eine doppelte Entlastung: 200 DM durch eine Bruttolohnabsenkung plus 360 DM durch eine Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge – unter dem Strich 560 DM. Dies würde gegenüber der Ausgangslage (2.000 DM Bruttoentgelt plus Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen von 400 DM) eine Personalkostenreduzierung pro Subventionsfall von 23 % bedeuten.

Die prognostizierten Kosten in einer Größenordnung von 30 Mrd. DM könnten nur durch Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer) bzw. Streichungen bei den bisherigen allgemeinen und zielgruppengerichteten Arbeitsmarktförderprogrammen sowie durch strukturelle Eingriffe in die Arbeitslosenhilfe gegenfinanziert werden. Dies wäre arbeitsmarktpolitisch jedoch kontraproduktiv.

Im Gegensatz zur notwendigen Debatte über den Abbau von Unternehmenssubventionen würde neue Subventionen geschaffen.

Die Annahme, daß das Tarifgefüge von Lohnsubventionen nicht tangiert werde, geht zudem fälschlicherweise davon aus, daß in den binnenmarktorientierten Dienstleistungsbereichen ein durchgängiges, stabiles Tarifgefüge vorhanden ist. Dies ist jedoch keineswegs flächendeckend der Fall. Eine Entstehung von Arbeitsplätzen außerhalb von tarifgebundenen Bereichen – und dies ist wohl eine der kalkulierten Erwartungen – würde zudem durch einen kumulativen Effekt zu Tarifdumping in den noch rela-

Betroffene Vergütungsgruppen im Call-Center-Bereich

Vergütungsgruppen	Niedrigstes Stunden-Entgelt	Höchstes Stunden-entgelt
Versandhandel : Bestellannahme, unterste Gruppe	12,25 DM	14,45 DM
Versandhandel: Call-Center-Agents	17,82 DM	20,30 DM
Direktbanken: je nach Tätigkeit	13,87 DM	30,42 DM
Telekommunikation: je nach Tätigkeit	12,00 DM	33,00 DM
Vermischtes: Telefonverkauf	11,50 DM	20,52 DM

tiv stabilen Bereichen mit Tarifverträgen führen und dort vorhandene unsubventionierte Beschäftigungsverhältnisse vernichten und die Tarifstrukturen untergraben.

Je nach Zuschnitt der Rahmenbedingungen für die Subventionsgewährung wären in den Organisationsbereichen der HBV, die von den Befürwortern dieser Konzepte ins Auge gefaßt sind, nämlich Einzel- und Großhandel- sowie im Call-centerbereich als neu entstehender Branche, folgende Beschäftigtengruppen betroffen (siehe Tabelle links).

Call-Center – Die neu entstehende Branche im Dienstleistungsbereich

Der Call-Center-Bereich beginnt sich immer mehr als eine eigenständige Branche zu etablieren. Dort findet ein erhebliches Beschäftigungswachstum statt – allerdings zu Lasten der Branchen, aus denen diese Call-Center ausgegliedert werden: Call-Center sind in der Regel außertarifliche Konkurrenz. Die Entgeltbedingungen dieser neuen differenzierten Branche liegen deutlich unter denen vergleichbarer Tätigkeiten in den traditionellen Bereichen. Das Gros der Beschäftigten in Call-Centern würde von der bislang diskutierten Bandbreite der Lohnsubventionen erfaßt.

Beschäftigte in Tarifgruppen unter 3.000 DM

Nach HBV-Schätzungen arbeiten rund 500.000 Menschen im Einzelhandel in Tarifgruppen bis 3.000 DM. Die Masse dieser Beschäftigten konzentriert sich auf den Bereich Logistik sowie auf bestimmte Vertriebsformen:

- Zentral- und Regionalläger der Einzelhandels-Konzerne (Anteil ca. 30 %)
- Lager- und Logistikbereiche des Versandhandels (Anteil teilweise über 50 %)
- SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, Discounter und Lebensmittel-filialbereiche (Anteil ca. 25 bis 30 %)
- Im Warenhausbereich und im Facheinzelhandel liegen die Anteile eher in einer Größenordnung von 4 bis 6 %)

Im Großhandel ist der Anteil der Beschäftigten, der sich in den unteren Tarifgruppen bis unter 3.000 DM befindet, mit rd. 160.000 aufgrund des niedrigeren Frauen- und Teilzeitanteils mit rd. 13 % deutlich geringer.

Call-Center-Bereich

Ein erheblicher Teil der Beschäftigten befindet sich in den Vergütungsgruppen im Bereich von 11,50 bis 18 DM Stundenlohn. Die Subventionierung der Lohnkosten würde zu einer weiteren Verdrängung von bislang noch tarifgebundenen Stellen führen. Für Arbeitsplätze, auf denen – heute noch in den tarifgebundenen Unternehmen – überwiegend per Telefon Kundenkontakte pflegen bzw. Sachbearbeitung betreiben, würd der Outsourcing-Druck steigen. Der Effekt wäre staatlich subventioniertes Tarifiedumping. •



Gregor Gysi hat zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus unter der Überschrift „Gerechtigkeit ist modern“ verfaßt.

Auszüge sind am 3.8. im ND veröffentlicht. „Völlig abwegig“ nannte Bisky gegenüber ND am 2.8. die in verschiedenen Medien wiedergegebene Befürchtungen von Parteimitgliedern, die PDS wolle künftig der SPD auf ihrem Kurs nach rechts hinterherlaufen. Solche Sorgen hatten tendenziöse Presseberichte und Zitate aus einer früheren Fassung des Gysi-Papiers ausgelöst. Der PDS-Chef betonte, die Gysi-Thesen, die er als wichtigen Beitrag zur Programmdébatte in der PDS „sehr begrüße“ gingen ja „ausdrücklich gegen das Schröder/Blair-Papier vor.“ Im ND meinte der Bundesgeschäftsführer Bartsch, das Thesenpapier sei ein Angebot an SPD-Wähler. Matthias Gärtner, der Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, sprach sich für eine „linke sozialistische Bürgerrechtspartei“ aus. Die „unge Welt geht da schon etwas ruppiger vor. Sie bringt ein Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Leipziger PDS: „Wenn Gregor Gysi wirklich meint, Schröder und Blair auf ihren Ausverkauf sozialdemokratischer Grundprinzipien eine Antwort zu schulden, sollte er sich mit Privatkorrespondenz begnügen. Eine PDS-Debatte über die Neue Mitte ist überflüssig. Wenn es tatsächlich einer Reaktion der PDS bedurfte, so wäre diese den demokratischen Vertretungsorganen vorbehalten gewesen.“ Wir werden uns in der nächsten Ausgabe der *Politischen Berichte* mit dem Papier befassen.

Auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 3. Juli in Neumünster hat die **PDS Schleswig-Holstein** beschlossen, an den kommenden Landtagswahlen teilnehmen zu wollen. Mit einer Zwei-Stimmen-Kampagne „für ein soziales und solidarisches Schleswig-Holstein“ hofft die PDS, Zuspruch zu erlangen. Eine definitive Entscheidung über die Beteiligung an der Landtagswahl soll nach Konsultationen mit der Bundes-PDS im Herbst gefällt werden.

In NRW stellt die PDS jetzt offene Listen zu den Kommunalwahlen auf: Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal, Herne, Witten, Aachen-Stadt, Kreis und Stolberg, Bielefeld, Kreis Warendorf, Leverkusen, Moers, Münster, Velbert, Düren, Heimbach. Die Listen sind bunt gemischt, mit den vielfältigsten politischen Strömungen, selbstverständlich in vielen Orten auch Leuten aus der DKP. Nur in Essen hat sich die DKP nicht an der Bildung einer offenen Liste beteiligt.

In Köln stellt die PDS 45 Direktkandidaten auf und eine 14-köpfige Reserveliste. In einem dreiwöchigen Diskussionsprozeß kam es zu einer Einigung zwischen PDS, der Linken Internationa-

len Liste und den Radikalen Linken. Es wurde eine Erklärung verabschiedet „Rot ins Rathaus“ und eine schriftliche Vereinbarung über die Wahlkampf-führung und die Listenplätze geschlossen. Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten setzte die PDS-Mitgliederversammlung die Beschlüsse in die Tat um. Eine Kandidatin der Linken Liste wurde auf Platz 3 gewählt, auf Platz 1 die ehemalige Grüne Ratsfrau Sengül Senol. Auf Platz 2 wurde nach einer Kampfabstimmung das PDS-Mitglied Jörg Detjen gewählt. Die PDS in Köln kann 1 bis 3 Mandate erreichen, wenn sie an die Ergebnisse der Europawahlen anknüpfen kann. Für die Bezirksvertretungen stellte die Ortsgruppe ebenfalls 9 Listen auf. In der Kölner Innenstadt besteht auch eine Chance, einen Sitz in der Bezirksvertretung zu erhalten.

Nach der Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes über den Wegfall der 5-Prozent-Hürde begann die **PDS Gelsenkirchen mit den Vorbereitungen zur Kommunalwahl**. Innerhalb von drei Wochen wurden die benötigten 33 Direktkandidatinnen und -kandidaten gefunden und aufgestellt. Es handelt sich hierbei um eine offene Liste mit vielen parteilosen Menschen und DKP- und PDS-Mitgliedern. Dabei ist eine etwas komplizierte Situation eingetreten, denn es existiert bereits ein von der MLPD initiiertes Wahlbündnis namens AUF-Gelsenkirchen. Die PDS Gelsenkirchen hatte sich vor einem halben Jahr entschieden, weder eigenständig zu kandidieren noch bei diesem Bündnis mitzuarbeiten. Zwar arbeiten in dem AUF-Gelsenkirchen-Bündnis, neben den typischen MLPD-Vorfeldorganisationen wie Frauenverband Courage und dem Jugendverband Rebell, auch ein DKP-Mitglied sowie ein PDS-Mitglied mit. Von einem außerhalb des MLPD-Umfeldes verankerten Bündnis kann aber nicht die Rede sein. Das sieht die MLPD natürlich anders. Für sie ist die Abschaffung der 5-Prozent-Klausel ein von den Herrschenden geschmiedetes Komplott, denn „den Arbeiterinnen und Arbeitern, vor allem Jugendlichen soll der Blick für eine revolutionäre Lösung, für den notwendigen Kampf um den Sozialismus versperrt werden. Die Kräfte einer entstehenden kämpferischen Opposition sollen in das parlamentarische System integriert werden. (...) Die Schützenhilfe für die PDS ist vor allem gegen die MLPD, gegen ihren wachsenden Masseneinfluß und die Stärkung der kämpferischen Opposition gerichtet.“ (RF 30/99) Nur schade, daß „die Massen“ von diesem zweifelhaften Glück nichts wissen wollen. Für die PDS Gelsenkirchen wird es aber durch die Kandidatur von AUF-Gelsenkirchen schon schwieriger, die benötigten rund 1,5% der Stimmen für einen Sitz im Stadtrat zu erlangen. *tja Zusammenstellung: jöd*

Was ist Geld?

Wal Buchenberg

Über den gerechten Tausch schrieb der Philosoph Aristoteles im 4. Jahrhundert v. Chr.¹: Vorausgesetzt, „a sei ein Haus, b zehn Minen, c ein Bett. a ist nun 1/2 b, wenn das Haus fünf Minen wert oder ihnen gleich ist. Das Bett sei 1/10 b. So sieht man dann, wieviel Betten dem Haus gleich sind, nämlich fünf. Daß in dieser Weise der Austausch vor sich ging, bevor das Geld aufkam, ist klar. Denn es macht nichts, ob man fünf Betten für ein Haus gibt oder den Geldwert der fünf Betten.“

Sein Beispiel ist von verführerischer Einfachheit. Erst bestimmte Aristoteles den Geldwert eines Hauses („die Hälfte von zehn Minen“), dann den Geldwert einer Polsterliege („ein Zehntel von zehn Minen“), dem wichtigsten und teuersten Möbelstück der alten Griechen, und bekommt als Ergebnis, „wieviel Betten dem Haus gleich sind“. Daraus werde klar, behauptete er, in welcher Weise „der Austausch vor sich ging, bevor das Geld aufkam“.

Aristoteles kam durch die Berechnung der Geldwerte zur Gleichwertigkeit von einem Haus und fünf Betten, obwohl er zugab, daß es Warentausch und Warenwert ohne Geld und vor dem Geld gab. Er stellt das Frühere (Warenwert) als Folge des Späteren (Geldwert) hin. So wird weder klar, wie der Warentausch vor sich ging, bevor es Geld gab, noch wie und warum das Geld aufkam. Die Natur des Geldes ist aus dem Warentausch zu erklären, nicht umgekehrt.

1. Gebrauchsmittel und Tauschmittel

Der älteste Handel, von dem die griechische Literatur berichtet, war der Einkauf einer Frau im Haushalt des Odysseus, „welche ... Laertes mit seinem Gute gekauft, in jungfräulicher Blüte, für zwanzig Rinder“.² Daß Frauen wie Vieh gehandelt wurden, war keine griechische Besonderheit und bedeutete schon einen Fortschritt gegenüber dem vorher üblichen Frauenraub. Frauenraub war in der antiken Welt so verbreitet, daß er zu Herodots Zeiten, im fünften Jahrhundert v. Chr., nicht als Menschenrechtsverletzung galt, die zum Kriegsgrund reichte: „Bisher war nichts weiter geschehen, als daß von beiden Seiten Weiber entführt worden waren. (...) Weiber entführen sei eine Ungerechtigkeit; wegen der Ent-

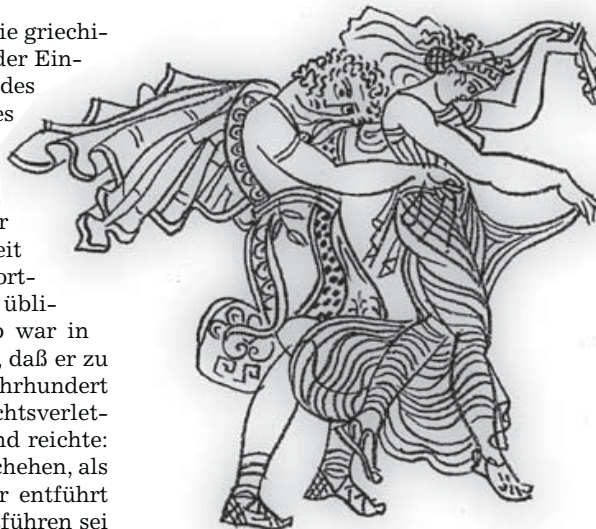
fürten auf Rache zu denken, eine Torheit; sich um die Entführten nicht weiter bekümmern, eine Klugheit.“³

Zwanzig Rinder für eine Frau waren jedenfalls ein märchenhaft hoher Preis. Durchleuchten wir einmal, welche unterschiedlichen Rollen die beiden Handelspartner und ihre Handelsgüter dabei spielten:

Laertes, der Vater des Odysseus, hatte das Bedürfnis nach einer zweiten Frau und konnte zwanzig Ochsen entbehren. Die Braut wollte er als Gebrauchsmittel besitzen, auf die zwanzig Rinder konnte er als überflüssiges Nichtgebrauchsmittel verzichten. Laertes bot sein eigenes Nichtgebrauchsmittel für ein Gebrauchsmittel in fremder Hand. Was für den jungen Laertes ein Brautkauf, war ein Ochsenkauf für die Brauteltern. Sie hatten ein Bedürfnis nach zwanzig Ochsen und wollten die Tochter zum günstigen Zeitpunkt ihrer „jungfräulichen Blüte“ weggeben. Für sie waren die zwanzig fremden Rinder ein ersehntes Gebrauchsmittel, die eigene Tochter ein Nichtgebrauchsmittel.

Die Handelspartner stellten im Tausch zwei Produkte in bestimmter Menge gegenüber, die im Wert gleich galten, deren Funktionen im Tausch jedoch doppelt waren: Jedes Tauschobjekt, die 20 Rinder wie die Braut, war gleichzeitig Gebrauchsmittel für den Nichtbesitzer und Nichtgebrauchsmittel für den Besitzer.

Der Besitz eines fremden Gebrauchsmittels war für beide Parteien Zweck des Tausches. Aber jede Seite erreichte ihren Zweck nur, indem sie ein geeignetes Tauschmittel in der passenden Menge anbot, das für die andere Seite Zweck des Tausches und damit Gebrauchsmittel war. „Im unmittelbaren Produktaus-tausch ist jede Ware unmittelbar Tauschmittel für ihren Besitzer.“⁴ Je nach Sicht der handelnden Personen verkörperten sowohl die Braut wie die 20 Ochsen den Tauschzweck wie das Tauschmittel. Das waren die komplizierten Vorbedingungen, die den direkten Tausch ermöglichten.



Als Tauschmittel erfüllten die Ochsen wie die Braut im direkten Tausch die Funktion von Geld, ohne schon Geld zu sein. Das Tauschmittel war noch kein Geld, weil es noch nicht an eine bestimmte Warenart gebunden war, sondern in jede Warengestalt schlüpfen mußte, die getauscht wurde. Die Geldfunktion des Tauschmittels war eine vorübergehende Vermittlerfunktion, die das Kunststück fertigbrachte, den Nichtgebrauchswert des früheren Besitzers in einen Gebrauchswert des neuen Besitzers zu verwandeln.

Solange nur einige, bekannte Arbeitsprodukte innerhalb einer Gemeinschaft getauscht wurden, wußten alle Beteiligten, wieviel Arbeitszeit und damit wieviel Wert in jeder Ware steckte. Menschen konnten auf dieser Stufe mit Vieh getauscht werden, weil diese Menschen Herren über sich hatten, denen sie wie Vieh gehörten und die sie wie Vieh benutzten. Der Brautvater, der seine Tochter verkaufte, war ebenso Herr über ihr Schicksal wie der Bräutigam, der sie kaufte. Die verkaufte Braut war wie das Vieh nicht einfach nur Naturprodukt, sondern ebenso Produkt menschlicher Arbeit. Das Menschenvieh hatte Arbeit durch seine Ernährung, Bekleidung, Behausung, Pflege, Erziehung und Ausbildung gemacht, ganz so wie das richtige Vieh Arbeit durch Zähmung, Pflege, Aufsicht, Fütterung u. ä. gekostet hatte. In Mensch und Tier vermischte sich das Wirken der Natur und die Arbeit der Menschen wie in allen Produkten, die der Mensch schafft: „Die Gebrauchswerte, ... die Warenkörper, sind Verbindungen von zwei Elementen, Naturstoff und Arbeit.... In dieser Arbeit der Formung selbst wird er beständig unterstützt von Naturkräften. Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte ... Die Arbeit ist sein Vater ... und die Erde seine Mutter.“⁵ Daß aber die neue Frau des Laertes volle 20 Rinder wert war, lag wohl daran, daß sie aus vornehmerm Hause stammte und königliche Ernährung und Erziehung genossen hatte.

Je nach gewohnheitsmäßigem Wert gaben beide tauschenden Parteien mehr oder weniger von ihrem Tauschmittel her. Im Außenhandel mit neuen, fremden Waren mußte diese Wertbestimmung erst durch Erfahrung erlernt werden. Herodot erzählte davon, daß ein Schiff von der Insel Samos von Nordafrika an die Atlantikküste der iberischen Halbinsel verschlagen wurde, und dort zu einer Stadt kam, „die noch nie besucht worden war ... weshalb diese Samier bei ihrer Rückkehr ... den größten Gewinn von ihrer Ladung hatten“.⁶

2. Eine besondere Geldware als Zirkulationsmittel

Sobald der Tausch zur Gewohnheit und zum Bedürfnis wird, treten auf dieser Entwicklungsstufe spezifische Probleme auf.



Wenn einem griechischen Weinbauern ein irdener Mischkrug zerbrochen war, konnte er sich mit etwas Wein auf den Weg zum nächsten Markt machen. Dort bot ihm ein Töpfer zwar ein schönes Mischgefäß an, hatte aber vielleicht alle seine Vorratskrüge schon gefüllt und brauchte daher keinen Wein mehr. Ohne einen Weinbedarf des Töpfers taugte der Wein des Bauern nicht zum Tauschmittel. Der Handel kam nicht zustande.

Vielleicht kam zufällig am selben Tag ein Hirte zum Markt, um Wein zu erhandeln und bot dafür ein Lämmchen. Jeder der drei hatte ein Arbeitsprodukt als Nichtgebrauchsmittel anzubieten, trotzdem konnte kein Handel zustande kommen, weil sie keinen Tauschpartner fanden, für den ihr Nichtgebrauchsmittel ein begehrtes Gebrauchsmittel war. Ohne den passenden Partner hatte niemand das passende Tauschmittel.

Die drei wären aber dumm gewesen, wenn sie unverrichteter Dinge nach Hause gegangen wären. Es gab für ihr Problem mehrere Lösungen, die aber einige Zeit in Anspruch nahmen. Zum Beispiel konnte der Weinbauer den Töpfer dazu überreden, für einige Krüge Wein das Lamm von dem Hirten zu erstehen, um dann wieder Platz und Bedarf für Wein zu haben. Dann könnte er für den Wein des Bauern seine Töpferware verkaufen. Bauer und Hirte hätten dann, was sie wollten, der eine Wein, der andere einen Mischkrug. Der Töpfer hätte Wein und einen Krug verkauft und dafür ein Lamm erhalten, das er dann seinerseits verkaufen mußte, wenn er es nicht mit seinen Freunden verspeisen wollte.

Beim Tauschhandel muß jeder Warenbesitzer für sein Nichtgebrauchsmittel einen passenden Gegenüber finden, der es als Gebrauchswert ansieht, damit sich das Nichtgebrauchsmittel in ein Tauschmittel verwandeln kann. Diese Suche nach passenden Interessenten wurde um so länger, je mehr sich die Zahl der Warenarten auf dem Markt vermehrte. Bei Homer wird von phönizischen Kauffahrern erzählt, die trotz einer Aufforderung, ihren Handel zu beschleunigen, einen ganzen Sommer brauchten, um eine einzige Schiffsladung in Waren für die Rückfahrt zu tauschen: „Und die Phönizier weilten ein ganzes Jahr auf der Insel, kauften und schleppten ins Schiff unzählige Güter zusammen.“⁷ Weil in den

Wintermonaten das Mittelmeer für die antiken Schiffe zu gefährlich war, mußten die Phönizier bis zum Frühjahr auf die Rückfahrt warten.

Am schnellsten konnte jemand ein fremdes Gebrauchsmittel erhandeln, wenn er im Besitz einer Ware war, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreute. Ein gefragtes Gebrauchsmittel für die einen war ein günstiges Tauschmittel für die anderen. Solche gefragten Warenarten mußten sich zu besonderen Geldwaren entwickeln, die sich jeder zu verschaffen suchte, um sie als Tauschmittel zu benutzen. Zu ihrem normalen Zweck als Gebrauchsmittel trat der besondere Zweck hinzu, ein günstiges Tauschmittel zu sein. „Der Gebrauchswert der Geldware verdoppelt sich. Neben ihrem besonderen Gebrauchswert als Ware, wie Gold z. B. zum ... Rohmaterial von Luxuswaren usw. dient, erhält sie einen formalen Gebrauchswert, der aus ihren spezifischen gesellschaftlichen Funktionen entspringt.“⁸

In ein Tauschmittel hatte sich jede Ware verwandeln müssen, die im direkten Tausch einen bestimmten Käufer suchte, dessen spezielles Bedürfnis sie befriedigte. Indem eine besondere Ware zu Geldware wird, die viele fremde Kaufwünsche auf sich zieht, wird sie vom individuellen Tauschmittel zum allgemeinen Tauschmittel oder Zirkulationsmittel, das den Austausch oder die Zirkulation vieler Waren ermöglicht.

Welche Warenart in diese Rolle schlüpfte, hing von der lokalen Beliebtheit ab. Besonders beliebt waren entweder solche Waren, die in dem jeweiligen Umkreis besonders häufig waren, z. B. Rinder, Wein und Getreide, oder solche Waren, die aus der Fremde kamen und daher besonders selten und begehrtest waren. Bei Homer waren das z. B. Gerätschaften aus Silber und Gold, aber auch Eisenwerkzeuge und Rohmetall. Sobald eine dieser bestimmten Waren zur Geldware geworden war, wurde sie in ihrem Geltungskreis allgemeines Tauschmittel oder Zirkulationsmittel. Ohne ihr Dazwischentreten war dann ein Tausch nicht mehr möglich. So wie im Beispiel vom Weinbauer und Töpfer ohne Mithilfe einer dritten Person, dem Hirten, kein Verkauf zustande kam, so tritt jetzt statt einer vermittelnden Person die besondere Geldware als Mittler zwischen die

Käufer. „Als Vermittler der Warenzirkulation erhält das Geld die Funktion des Zirkulationsmittels.“⁹

Bevor unser Weinbauer seinen Krug kaufen konnte, mußte er zuerst an die Geldware kommen. Er ging vielleicht zum Hirten und verkaufte ihm seinen Wein, für den er die Geldware erhielt. Dann kaufte er damit beim Töpfer seinen Mischkrug. Er tauschte also immer noch Wein gegen Krug, Ware A gegen Ware B, aber der Tausch wurde jetzt vermittelt durch das Dazwischentreten einer Geldware. Ware A tauschte sich erst mit Geldware, dann tauschte sich die Geldware mit Ware B. Um an die Geldware zu kommen, brauchte der Weinbesitzer zwar immer noch als dritte Person einen Geldbesitzer, aber die Suche nach diesem Vermittler verkürzte und vereinfachte sich in dem Maße, in dem sich die Geldware jetzt in vielen Händen befand und nicht nur in den Händen von denen, die diese besondere Ware produzierten.

Die Verwandlung eines Lammes in Wein und von Wein in einen Mischkrug oder die Umwandlung eines Nichtgebrauchsmittels in ein Tauschmittel und dann in ein Gebrauchsmittel sind ganz erstaunliche Erscheinungen. Die Entwicklung des griechischen Handelsverkehrs wurde zur Geburtshelferin des dialektischen Denkens. Das Schmiede- und Töpferhandwerk und den Handel seiner Heimatstadt Ephesos hatte Anfang des 5. Jahrhunderts v. Chr. der Vater der Dialektik, Heraklit, vor Augen, als er von der Verwandlungskraft des Feuers sprach: „Alles ist austauschbar gegen Feuer und Feuer gegen alles, wie Waren gegen Gold und Gold gegen Waren.“¹⁰

3. Geld als allgemeines Wertmaß und Rechengeld

Als allgemeines Tauschmittel oder Zirkulationsmittel dient die besondere Geldware auch als Wertmaß. Als Homer deutlich machen wollte, wie verrückt der Tausch zwischen einer goldenen und einer bronzenen Rüstung war, sagte er: „Aber dann nahm Zeus ... ihm seinen Verstand, daß er seine goldene Rüstung ... gegen eine aus Bronze vertauschte, den Wert von hundert Ochsen gegen den Wert von neun Ochsen.“¹¹ Die Ochsen sind hier das Wertmaß der Rüstungen, und ihr Unterschied wird mit hundert zu neun quantifiziert. Homer nahm an, daß seinen Zuhörern der Wert von goldenen Rüstungen unbekannt war, und setzte den Wert der unbekannten Ware mit einem bestimmten Quantum einer allgemein üblichen Ware, den Ochsen, gleich. Homer bestimmte die Werte der Rüstungen als Ochsenwerte.

In ihrer Rolle als Wertmaßstab dient die besondere Geldware auch als Rechengeld, das man zur Preisangabe benutzt, auch wenn man diese Ware nicht selber besitzt. So kannten die Griechen schon ausländisches Geld als Rechengeld, bevor sie wirklich damit zahlten: „Als man den Anacharsis fragte, wozu die

Hellenen das Geld brauchen, antwortete er: zum Rechnen.“¹²

Ende des 7. Jahrhunderts berechnete der Athener Solon bei seiner Vermögens-einteilung „ein Schaf und eine Drachme ist gleich einem Scheffel Getreide“.¹³ Der Scheffel Getreide ist hier die Größe, deren Wert Solon angeben wollte (Karl Marx nannte diese Größe „relative Wertform“), „ein Schaf und eine Drachme“ sind ihr Wertgleiches (bei Marx heißt das „Äquivalent“). Als Wertmaß dienten Solon zwei Geldwaren: Schafe und Drachmen. Im Austausch waren also „ein Schaf und eine Drachme“ die passende Menge Tauschmittel oder der eigene Tauschwert, der für einen Scheffel Getreide als begehrten Gebrauchswert gegeben werden mußte. Für den Getreidebesitzer galt das Umgekehrte: Sein Scheffel Getreide war ihm der Tauschwert, für den er „ein Schaf und eine Drachme“ als direkten Gebrauchswert oder als Zirkulationsmittel, d.h. indirekten Gebrauchswert, erwarten konnte.

Die griechischen Geldnamen „Drachme“ und „Obolos“ waren Mengenbezeichnungen aus der Zeit des Eisengeldes. Ein „Obolos“ war eine Stange oder Pfeilspitze aus Eisen, sechs davon konnte man in einer Hand halten und hießen „Drachme“, „eine Hand voll“. Die anderen beiden griechischen Geldnamen „Talent“ und „Mine“ hatten sich aus Gewichtseinheiten entwickelt. „Talent“ war ursprünglich eine menschliche oder tierische Traglast und wechselte je nach Gegend im Gewicht zwischen rund 26 kg und 39 kg. Eine „Mine“ war davon der sechzigste Teil. Mine und Drachme wurden in verschiedenen Teilungsverhältnissen aufeinander bezogen. In Athen wurden im Laufe der Zeit 105, 138 und 150 Drachmen pro Mine gerechnet. In diesen Größenveränderungen der Wertmaße spiegelten sich wohl Wertveränderungen wichtiger Waren wider.

4. Geldware Edelmetall und Geld als Schatz

Wie heute in verschiedenen Ländern verschiedene Währungen nebeneinander bestehen, so existierten in der antiken Mittelmeerwelt verschiedene Geldwaren als Währungen nebeneinander. Die Spartaner benutzten Eisenwährung, die Ägypter kamen im Innern lange ohne Warenverkehr und Geld aus und benutzten im Außenhandel Goldwährung, Nomadenvölker benutzten Rinder als besondere Geldware und wieder andere, was sie gerade als Gebrauchsmittel bevorzugten. Das Beispiel von Solons Getreidescheffel zeigte auch, daß innerhalb einer Stadt mehrere Geldwaren als Währungen nebeneinander bestehen konnten. Daß sich in dieser Vielfalt der konkurrierenden Währungen Metalle als Geldware allmählich durchsetzten, hat ebenso praktische Gründe der Zeit- und Arbeitersparnis wie der Übergang vom direkten Tausch zu einer besonderen Geldware als Tauschmittler.

Geld als Vereinbarung der Menschen aus Gründen der Handlichkeit und Nützlichkeit sind die Gesichtspunkte, die Aristoteles in seiner Darstellung der Geschichte des Metallgeldes herausstreicht: „Natürlich war in der ursprünglichen Gemeinschaft eines Familienverbandes ein Tauschhandel nicht nötig. Dieser wurde erst dann zur Notwendigkeit, als die Gemeinschaften größer wurden. In der ursprünglichen Gemeinschaft hatten alle Anteil am gemeinschaftlichen Besitz, in der vergrößerten Gemeinschaft hatten die einen Überfluß an dem, die anderen an jenem. Dies mußte also nach den jeweiligen Bedürfnissen direkt ausgetauscht werden, so wie es auch jetzt noch viele von den unzivilisierten Völkern tun. Sie tauschen gegenseitig nur diese Gebrauchsgüter, also Wein gegen Korn usw. ...

Durch die Einfuhr dessen, was man entbehrte, und die Ausfuhr des eigenen Überschusses dehnte sich diese Hilfeleistung über die Landesgrenzen hinaus, und so ergab sich mit Notwendigkeit die Verwendung von Geld. Denn nicht alle normalerweise notwendigen Güter sind leicht zu transportieren. Also kam man überein, beim Tausch gegenseitig eine Sache zu nehmen und zu geben, die selbst nützlich und im täglichen Verkehr handlich war, wie Eisen, Silber usw. Zuerst bestimmte man sie einfach nach Größe und Gewicht, schließlich drückte man ihr ein Zeichen auf, um sich das Abmessen zu ersparen. Denn die Prägung wurde als Zeichen der Quantität gesetzt.“¹⁴

Was Gold und Silber vor anderen Geldwaren auszeichnet, ist einmal die beliebige Teilbarkeit und Zusammensetzbarkeit, wobei jede Teilmenge dieselbe gleichförmige Qualität wie alle anderen Stücke aufweist. Es ist ihre relative Unzerstörbarkeit, und es ist im Vergleich zu ihrem Gewicht der relativ hohe Wert. Keine andere Geldware vereinte alle diese Bedingungen auf sich: Vieh konnte nicht in „Kleingeld“ unterteilt werden, Wein und Getreide wurden relativ schnell schlecht und verloren an Wert. Eisen war im Vergleich zu seinem Wert recht schwer, und seine Verwendung als Tauschmittel machte einen Großkauf zur Schwerstarbeit.

Der Erfolg von Edelmetall als besondere Geldware muß also zu den Zeiten und an den Orten eingetreten sein, wo relativ große Warenmengen in vielfältiger Warengestalt mit relativ großen Wertsummen umgeschlagen wurden. Gold und Silber konnten allen anderen Waren jedoch nur als besondere Geldware gegenüberreten, weil sie diesen Waren vorher schon als nützlicher Tauschgegenstand gegenüberstanden.

Vom persischen König berichtete Herodot, daß dieser alles als Steuern eingegangene Gold einschmelzen und in Tongefäße gießen ließ. „Braucht er aber Geld, so schlägt er davon so viel ab, als er jedesmal benötigt.“¹⁵ Solche Bruchstücke mußten vom Verkäufer wie vom

Käufer abgewogen werden, damit der eine wußte, wieviel Gold er als Tauschmittel gab, und der andere, wieviel Gold (direktes Gebrauchsmittel) oder Geld (indirektes Gebrauchsmittel) er bekam.

Wir kennen nicht den konkreten Anlaß, der die Lyder dazu bewog, zwischen 640 und 600 v. Chr. aus Weißgoldstücken oder Elektron, einer Gold-Silber-Legierung, die in Kleinasien natürlich vorkam, Münzen zu prägen. Aber klar ist, daß weiteres Abwiegen beim Kauf erspart wird, wenn die Metallstücke im Gewicht genormt sind und ein Zeichen zur Beglaubigung ihrer Gewichtsnormung tragen. Jeder, der solche genormten Metallstücke als Geldware in den Handel brachte und dessen Korrektheit beim Auswiegen glaubwürdig war, konnte mit Erfolg Münzen schlagen. Einer staatlichen Autorität bedurfte es dazu nicht.

Daß die Lyder schon vor den geprägten Münzen Weißgold als Tausch- oder Zirkulationsmittel benutzten, wissen wir aus einem Schatzfund, der in das Fundament des Artemistempels von Ephesos eingemauert war. Der Schatz von Ephesos enthält sowohl unbehandelte Metallklümpchen wie solche mit einer eingepprägten regelmäßigen Riffelung auf der Oberfläche, die den Grad einer Abnutzung anzeigen konnte. Das waren die ersten Münzen. Der Schatzfund enthält auch schon Metallstücke mit Bildprägungen, einem Löwenkopf oder Löwentatzen. Das chemische Material weist auf den lydischen Ursprung, und die unterschiedlichen Formen zeigen die ältesten Entwicklungsstufen des Münzwesens.¹⁶

In Griechenland hatte nach der griechischen Tradition die damalige Handelsmetropole Aigina (um 570 v. Chr.) als erste Stadt Münzgeld eingeführt. Dann folgten bald Korinth und Athen und im weiteren Verlauf des sechsten Jahrhunderts die meisten anderen griechischen Städte.¹⁷ Andere Regionen, die ebenfalls im Mittelmeerhandel eine Rolle spielten, wie Karthago, Ägypten oder auch Rom, übernahmen diesen Brauch erst einige hundert Jahre später. In Karthago und Rom wurden sogar erst im 3. Jahrhundert v. Chr. Münzen geprägt.¹⁸

Daraus und aus der Tatsache, daß kaum aiginetische Münzfunde außerhalb Aiginas gefunden wurden, hat man den falschen Schluß gezogen, daß das Münzgeld anfangs „im Handel noch kaum eine Rolle gespielt habe“.¹⁹ Je weiter sich eine Münze jedoch von ihrem Ursprungsort entfernte, desto weniger Glaubwürdigkeit konnte der Prägestempel erwarten, der ihr korrektes Gewicht anzeigte. In vielen griechischen Städten war die Verwendung auswärtiger Münzen ausdrücklich verboten. Weder war die Geldfunktion als allgemeines Tausch- oder Zirkulationsmittel überall und ständig an Edelmetall gebunden noch das Metallgeld an die Münzform. Nominalwert und Metallwert unterschieden sich kaum, so konnte die Münze ständig in Metallgestalt und das Metall in Münz-

gestalt schlüpfen.

Die lydischen Münzen im Tempel von Ephesos haben jetzt 2600 Jahre überstanden, ohne an Aussehen oder Gewicht viel eingebüßt zu haben. Die relative Unzerstörbarkeit der Edelmetalle machte sie zum bevorzugten Schatzbildner. Von Homer wissen wir, daß in alter Zeit meist zu Gegenständen verarbeitetes Gold und Silber als Schatz gehortet – die Griechen sagten „gerettet“ – worden sind. Schatzbildung war Vorratsbildung für Notzeiten und spielte in allen alten Gesellschaften eine viel größere Rolle als heute. Die ersten „Schatzhäuser“ waren die öffentlichen Getreidespeicher der orientalischen despotischen Planwirtschaften.

5. Geld als Zahlungsmittel, Kredit

Im griechischen Rechtsdenken war ein Kauf erst dann rechtsgültig, wenn er vollständig bezahlt war, also wenn beide Waren vollständig die Hände gewechselt hatten. Trotzdem entstanden Schuld- und Kreditbeziehungen naturwüchsig aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die ersten Schuldverhältnisse konnten in der Landwirtschaft entstehen, weil die Bedürfnisse der Bauern in kurzen Zeiträumen, täglich oder wöchentlich, nach Befriedigung verlangten, aber nur in langen Zeiträumen die Produkte reifen und verkaufsfertig wurden, mit denen sie ihre Bedürfnisbefriedigung über die Eigenproduktion hinaus bezahlen konnten. Getreide wurde jährlich geerntet. Olivenbäume brauchten sogar zehn oder zwölf Jahre bis zur ersten Ernte. Ein Bauer konnte also leicht in die Lage kommen, daß er kaufen mußte, bevor er ein Arbeitsprodukt hatte, mit dem er zahlen konnte. Er wurde zum Schuldner, der reiche Nachbar, der ihm Lebensmittel oder Geld vorstreckte, wurde Gläubiger.

Ebenso fiel der Händewechsel von Ware und Geld im Fernhandel zeitlich auseinander. Waren fanden am Heimatort einen Käufer, der aber erst bezahlen konnte, nachdem er die gekaufte Ware an einem weit entfernten Marktplatz verkauft hatte. Aus dem zeitlich kurzen Handelsakt von Käufer und Verkäufer – Ware gegen Ware – wurde die längerfristige Bindung von Gläubiger und Schuldner.

Soweit uns die athenischen Seefrachten bekannt sind, hatten sie beim Auslaufen meist einen Wert zwischen 2.000 und 5.000 Drachmen²⁰, das waren rund 16 bis 40 Jahreslöhne aus einfacher Arbeit. Die athenischen Kauffahrer der klassischen Zeit waren aber einfache „Handwerker“ bzw. Seeleute, die den Wert ihrer Fracht vor der Ausfahrt von aristokratischen Großgrundbesitzern vorgestreckt bekamen. Ein griechischer Kauffahrer belud also in Athen sein Schiff mit Handelsware, die er erst nach seiner Rückkehr – mit dem erwarteten Handelsgewinn von 20 Prozent – zu bezahlen hatte.

Hierbei funktionierte das Geld einmal als Wertmaß der Preisbestimmung, um

den Wert der Fracht und die Höhe seiner Schuld zu bestimmen. Als Tausch- bzw. Zirkulationsmittel tritt das Geld nicht wirklich auf, sondern nur ideell als Zahlungsverprechen. Als Zahlungsmittel wechselte das Geld erst die Hände, wenn der Kauffahrer mit seiner Rückfracht in Athen gelandet war und diese dort mit Gewinn verkauft hatte.

Als Zahlungsmittel vermittelt das Geld keinen Warentausch, sondern schließt ihn ab. Mit seinem Seehandelsdarlehen gab der athenische Aristokrat nur Geld, um mehr Geld dafür zu bekommen. In den Augen des aristokratischen Geldgebers – aber nur aus seiner Sicht – findet dabei kein Warentausch mehr statt. „Die Wertgestalt der Ware, Geld, wird also jetzt zum Selbstzweck des Verkaufs durch eine den Verhältnissen des Zirkulationsprozesses selbst entsprechende, gesellschaftliche Notwendigkeit.“²¹ An dieser Bewegung des Geldes – Geld geben, um mehr Geld zu bekommen – erkannte Aristoteles richtig: „Daher hat denn auch dieser Reichtum, der aus dieser Art Erwerbskunst fließt, kein Ende und keine Schranke.“²²

6. Dämonisierung des Geldes

Im Gegensatz zu Karl Marx konnte sich Aristoteles die scheinbar austauschlose Geldvermehrung des Gläubigers jedoch nicht erklären und meinte daher, daß sie „naturwidrig“ sei, weil das Geld dabei nicht zu dem Zweck verwendet werde, „wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden.“²³ Wo sein Verständnis nicht ausreichte, wurde Aristoteles zum Moralisten, der dem Geld vorschreiben möchte, was es darf und nicht darf.

Solange die Geldfunktion nicht an einer besonderen Geldware haftete, entstand und verschwand sie durch freie Vereinbarung zweier Warenbesitzer, die sich auf ein Tauschmittel einigten. Als allgemeines Tauschmittel oder Zirkulationsmittel war Geld aber eine unbewußte Schöpfung aller Warenproduzenten. Es verwandelte sich aus einem individuellen Willensakt in einen gesellschaftlichen Willen und damit scheinbar in eine übermenschliche Macht, die über dem Willen der Individuen steht. Scheinbar regierte von nun an das Geld den Austausch, die Produktion und die Produzenten.

Sogar das Wort Gottes konnte im berühmten Orakel von Delphi gekauft werden. Herodot berichtete, daß die Seherin des Heiligtums, „mit Geschenken“²⁴ beeinflusst wurde, und bald nach 490 v. Chr. wurde eine Seherin wegen zu offensichtlicher Bestechlichkeit aus dem Heiligtum von Delphi verjagt.

Wenn sogar die Macht eines göttlichen Orakels gekauft werden konnte, woher kam dann die Macht des Geldes? Das Geld wurde dämonisiert – entweder in einzelnen unverständenen Funktionen wie von Aristoteles oder insgesamt und pauschal wie in der „Antigone“ von König Kleon: „Denn unter allem, was in

Brauch ist bei den Menschen, erwuchs so schlimm nichts wie das Geld! Dies zerstört selbst Städte, dies treibt Männer aus von Hof und Herd; dies lehrt und verkehrt den rechten Sinn der Menschen, üblem Tun sich zuzuwenden.“²⁵

Hinter der Verteufelung des Geldes steht der Wunsch, das Geld und seine Macht zu beseitigen. Geld ist zwar von den Menschen geschaffen, aber ohne Willen und ohne Bewußtsein – nur durch die Entwicklung des Warentausches. Scheinbar ist Geld nur eine Sache, aber im Geld verbirgt sich die gesellschaftliche Arbeit aller Gesellschaftsmitglieder.

Eine Wirtschaftsweise ohne Geld ist keine Utopie, sondern wird – stückweise – längst praktiziert, wenn auch unter despotischen Verhältnissen: früher innerhalb eines Klosters, heute innerhalb jedes kapitalistischen Unternehmens, zum Teil auch innerhalb der Gefängnisse. Die Sowjetwirtschaft hat bewiesen, daß mit mehr oder minder despotischen Mitteln die Macht des Geldes nur beschränkt, nicht beseitigt werden kann. Erst wenn alle Gesellschaftsmitglieder – oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit – freiwillig und mit Bewußtsein die Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten leiten und planen, wird das Geld überflüssig.



1 Aristoteles, Nikomachische Ethik, 1133b.

2 Odyssee 1, 430-431.

3 Herodot, 1, 4.

4 Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 103.

5 Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 57-58.

6 Herodot 4, 143.

7 Odyssee 15, 454ff.

8 Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 104.

9 Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 128.

10 Die Vorsokratiker I, Heraklit 63.

11 Ilias 6, 234-236.

12 Athenaeus, „Deipn.“ I. IV. 49, v. 2.

13 Plutarch, Solon 23.

14 Aristoteles, Politik 1257a.

15 Herodot 3, 91.

16 vgl. Boardman, John: Kolonien und Handel der Griechen. Vom späten 9. bis zum 6. Jahrhundert v. Chr. München 1981, S. 119.

17 Murray, Oswyn: Das frühe Griechenland. Geschichte der Antike. dtv. 6. Aufl. 1998, S. 296.

18 Pekáry, Thomas: Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike. Wiesbaden 1976, S. 5.

19 „... dem Handel scheinen diese Münzen anfangs wenig gedient zu haben: die Münzen des 6. und teilweise noch des 5. Jh. v. Chr. werden meist nur in den Gebieten gefunden, wo sie hergestellt wurden. Daher können sie im Handel noch kaum eine Rolle gespielt haben.“ Pekáry, S. 31.

20 Hasebroek, Johannes: Griechische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte; 1931, S. 99.

21 Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 150.

22 Aristoteles, Politik 1257 b 24.

23 Aristoteles, Politik 1258 b 5.

24 Herodot 5, 62.

25 Sophokles, Antigone.

12. bis 15. August 1999: *Linke Schule in Friedrichroda*, Thüringen. Ankündigung der Kurse siehe Politische Berichte 14 + 15.

1. September: *Antikriegstag*

1. September bis 31. Oktober: Die Ausstellung „*Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*“ ist in Osnabrück. Altbau des Kulturgeschichtlichen Museums, Lottestr. Kontakt: VHS Osnabrück, Frau Keller, Bergstr. 8, 49076 Osnabrück, Tel. (05 41) 323-45 24

5. September: Landtagswahl in Brandenburg und Saarland

11. September: 21. *Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW*. Ort: Münster, Näheres wird noch bekanntgegeben. Thema: Kriegstreiber stoppen! Nazistrukturen auflösen! Perspektiven gegen Militarismus, Rassismus und Sozialabbau entwickeln. Es ist folgender Ablauf vorgeschlagen: 10.45 Eröffnung; 11.00 Uhr Podiumsdiskussion mit u.a.: Annelie Buntenbach (B 90/Grüne) und Winfried Wolf (PDS), 13.15 Arbeitsgruppen, 16.30 Uhr Plenum mit Ergebnissen der AGs und Perspektivendiskussion. Als Arbeitsgruppen werden geplant: Kampf gegen Krieg und Militarisierung; Neuer Schub für den Revanchismus durch den Krieg! Ökofaschisten sind kein Teil der Umweltbewegung!; Neofaschistische Subkultur und akzeptierende Jugendarbeit; Gegen Abschiebungen – Kein Mensch ist illegal; Kampf um das politische Mandat der Studierendenschaft; Neue Entwicklungen im Neofaschismus; Solidarität gegen staatliche Repression; Perspektiven gegen Sozialabbau

12. September: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

19. September: Landtagswahl in Sachsen

1.-3. Oktober: *Tagung: Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“* – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringsstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

8. Oktober: *CSU-Parteitag* in Nürnberg

10. Oktober: Wahlen zu Abgeordnetenhaus und BVV in Berlin

15. Oktober: In Hamburg ist die Wissenschaftliche Konferenz

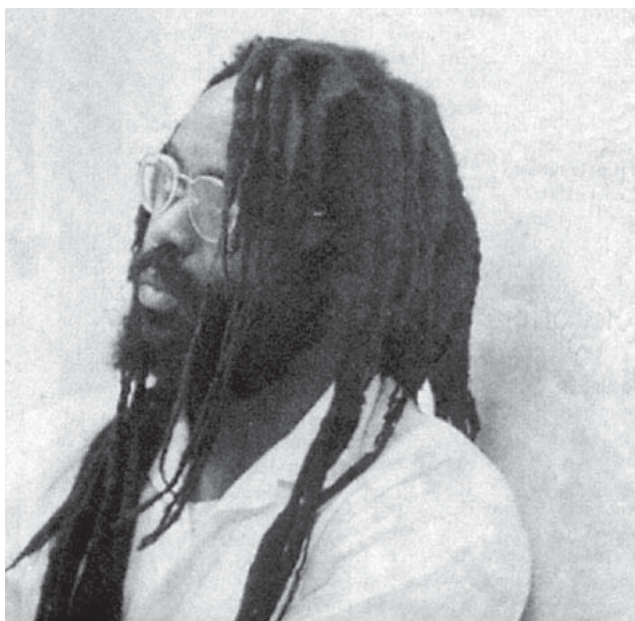
„*Der Krieg – Analyse eines Exempels – Lehren aus dem Krieg im Kosovo, Worüber wir nachdenken müssen*“ geplant. Veranstalter: AFK, BdWi, BBU, Pro Asyl, DFG/VK, IALANA, NaWi. Kontakt: Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden, Gutenbergstr. 13, 44139 Dortmund, Tel. (02 31) 57 52 02; E-Mail: ines_nat@t-online.de. Internet: <http://fuj.physik.uni-dortmund.de/nawi/>

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

28. bis 31. Oktober: 22. *Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)* in Hannover, Motto: „Gegenmacht von unten“, Thema u.a.: Expo 2000 + Foren zu Weltwirtschaft und Globalisierung: Soziale Frage / Soziale Kämpfe; Standortnationalismus und Neue Weltordnung; Modell Deutschland zwischen Expo-Rhetorik und Nachhaltigkeit. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56. E-Mail: buko@cl-hh.cl.sub.de Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/critical-shareholders/buko.htm>

30. Oktober bis 1. November: *Bundeskongress der DFG/VK*, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17. E-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

20. November 1999: *Dritter Workshop der PDS zum Genossenschaftsgedanken* und zum Ringen darum, ihn umzusetzen. In einem Schreiben des Parteivorstandes heißt es dazu: „...ist die Diskussion im Kontext mit sozialer und ökologischer Regionalentwicklung vorgesehen. Das Zusammensein soll zugleich zwei praktische Dinge in die Wege leiten: Einmal geht es um konkrete Absprachen über Projekte, die wir unterstützen oder gründen könnten, zum anderen über eine andere Arbeitsform“. Weitere Informationen später.



Mumia Abu-Jamal in Gefahr!

Die Solidaritätsbewegung in den USA ruft zur Wachsamkeit auf.

Laut Zeitungsberichten droht Gouverneur Ridge, den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal noch im August zu unterschreiben.

Hintergrund sind nicht nur die Ferien, die eine schnelle Mobilisierung erschwerten. Für den Oktober wird die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes erwartet, der sich mit dem Antrag der Verteidigung auf Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens zu befassen hat. Solange die Entscheidung aussteht, wird das Oberste Gericht auch keinen Aufschub erlassen, wenn der Gouverneur den Hinrichtungsbefehl unterschreibt.

Deshalb hat die Solidaritätsbewegung in den USA ab dem 14.8. zu mehreren regionalen Treffen eingeladen, um Aktionen vorbereiten zu können. Sie ruft die internationale Öffentlichkeit auf, die Entwicklung zu verfolgen und gegebenenfalls schnell Protest organisieren zu können.

Informationen: <http://www.iacenter.org>